

DIE PARTEI DES NATIONALEN FORTSCHRITTS – DIE LETZTE UNIONISTISCHE PARTEI IN KROATIEN

Ivan BULIĆ*

Interne Spaltung sowie widersprüchliche Einstellungen in den Staatsrechtsfragen zwischen Österreich und Ungarn haben auch die kroatische Politik der letzten Jahre der österreichisch-ungarischen Monarchie beeinflusst. In Bezug auf ihre Angebote hat auch sie sich aufgeteilt. Da das Dreieinige Königreich im verfassungsrechtlichen Kontext mehr nach Ungarn gerichtet war, wurde den kroatisch-ungarischen Beziehungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Noch seit dem Abschluss des kroatisch-ungarischen Abkommens waren diese Gegenstand ständiger Debatten und politischer Auseinandersetzungen, zu denen es aufgrund häufiger Verletzungen des Abkommens kam. Nichtsdestotrotz gab es Parteien und Einzelpersonen, die sich für Angebote aus Budapest bereit erklärten, weil sie nur auf diese Weise die Führung der kroatischen Politik übernehmen konnten. Das war die Generation der kroatischen Unionisten, die sich während der langen Herrschaft des Kuen- Héderváry über Kroatien gebildet hat, um sich dann in den letzten Jahren der Monarchie noch einmal in der Partei des nationalen Fortschritts gesammelt hat, während sich der zweite Teil der „Vertrauten Kueus“ in der kroatisch-serbischen Koalition engagiert haben.

Stichwörter: Unionismus, die Partei des nationalen Fortschritts, Ban Nikola Tomašić, Ban Iván Skerlecz, István Tisza, Kroatisch-serbische Koalition, Kommissariat, der Erste Weltkrieg

Einführung

Die jahrhundertlange Gegenseitigkeit der kroatisch-ungarischen Beziehungen manifestierte sich in vielen Bereichen des politischen, sozialen und

* Ivan Bulić, Ph.D., Catholic University of Croatia, Department of History, Zagreb, Croatia

wirtschaftlichen Lebens. Obwohl die Beziehungen der kroatischen politischen sowie gesellschaftlichen Elite zu Ungarn schon vor der Gründung von politischen Parteien ihre Besonderheiten hatten, können sie sich bereits seit Beginn des Parteienlebens zusätzlich auseinandergliedern. Mit der Rolle und der Bedeutung der kroatischen Parteiszene hat sich die Historiographie konsequent befasst. Obwohl die Funktionalität auch die politisch-wirtschaftlichen Interessen der kroatischen Parteien proungarischer Orientierung sorgfältig auseinandergliedert hat, wird die Schlussforderung aufgedrängt, dass eine spezifischere Analyse der kroatischen Parteien ungarischen Vorzeichens der letzten Jahre der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgelassen wurde.

Die bisherigen Analysen weisen darauf, dass der Zusammenbruch der ungarischen Liberalen Partei im Jahre 1906, welcher auch der Graf Khuen angehörte, die Arbeitseinstellung der Nationalpartei in Kroatien und somit auch eine allgemeine Einstellung jeder Art von Parteiorganisationen der Unionisten in Kroatien bedingte. In diesem Sinne schrieb Vaso Bogdanov: „Nach Khuen- Hédervárys Fortgang aus Kroatien im Jahre 1903 haben diese Magyaren prinzipienlos jeder Regierung beigestanden und wurden von allen Bans und Kommissaren gemietet (Pejačević 1903-1907, Rakodczay 1907-1908; Paul Rauch 1908-1910; Tomašić 1910-1912, Cuvaj 1912-1913, Skerlec und Mihalović, bis zum Zusammenbruch der Monarchie 1918)“.¹

Dementsprechend ergibt sich die Annahme, dass nach dem Zusammenbruch der Nationalpartei die Unionisten in Bezug auf die Organisation aufgehört haben zu bestehen und als eine unorganisierte Gruppe auch weiter opportunistisch versucht haben, jede Regierung bis zum Ende der Monarchie zu beeinflussen. Es stellte sich jedoch heraus, dass gerade Khuen erneut intervenierte, nicht nur in die Beziehungen der ungarischen politischen Szene durch die Gründung der Arbeitsvolkspartei, der Nachfolgerin der Liberalen Partei, sondern auch durch die Ermutigung von Nikola Tomašić zur Etablierung der Partei des nationalen Fortschritts in Kroatien.

Für die Reorganisation haben sie natürlich Zeit benötigt, absolvierten diese jedoch erfolgreich und kamen im Jahr 1913 wieder an die Macht mit dem sehr einflussreichen István Tisza an der Spitze. Die Bestätigung der Identitätspolitik der ehemaligen Liberalen Partei ist auch in Anwesenheit von Khuen-Héderváry an der Parteispitze, und dementsprechend auch die Fortsetzung seines Einflusses auf die politischen Prozesse in Kroatien. Deshalb sind auch die kroatischen Unionisten noch „eine Strecke“ ihrer politischen Tätigkeit weitergegangen und gerade dieser historische Ausschnitt war von großer Bedeutung für die kroatische staatsrechtliche Zukunft.

¹ Vaso Bogdanov, *Historija političkih stranaka u Hrvatskoj*, Zagreb 1958, S. 728.

Nikola Tomašić und die Partei des nationalen Fortschritts

In Übereinstimmung mit der kroatisch-ungarischen Ausgleich aus dem Jahr 1868 hing die politische und wirtschaftliche Realität in Kroatien von den Beziehungen zu Ungarn ab. Allerdings hat die Praxis gezeigt, dass es auch trotz des Abkommens unwichtig war, welche kroatische politische Partei die größte Unterstützung der Nation hat, da die Wahlergebnisse entwertet wurden – wie es Khuen gemacht hat; die Verfassung ausgesetzt – was Slavko Cuvaj getan hat oder sie ihren Absichten durch Wahlgeometrie angepasst haben, was an allen Wahlen bis zum Ende der Monarchie angewendet wurde. Der Imperativ war, diejenigen kroatischen Streitkräfte zu schwächen, die eine allgemeine Unterstützung hatten. Sie durften kein Gesprächspartner der ungarischen Regierung werden, da sie in diesem Falle einen gleichberechtigten Partner vor sich hätten, der auf einer gleichberechtigten Beziehung beharren würde. Mit politischen Manövern und der Stützung auf serbische politische Minderheitskräfte in Kroatien haben sie die Befürchtung, sich den Ansprüchen auf Erfüllung allgemeinkroatischer politischer und wirtschaftlichen Interessen stellen zu müssen, ausgeschlossen. Natürlich haben sie die Beziehungen zu ihnen den aktuellen Umständen angepasst.

Im Allgemeinen sind die kroatisch-ungarischen Beziehungen von 1903 bis 1913 durch Unruhe und verschiedene Versuche gekennzeichnet, welche häufige politische Krisen verursacht haben, ausgeprägt durch Banen- und Regierungswechsel, durch zahlreiche Parlamentswahlen, Skandale und dauerhafte Teilung der kroatischen Parteiszene in Bezug auf das Zentrum der politischen Macht. Wegen ihrer Langlebigkeit, aber auch der außergewöhnlichen, durch die Einstellung der Verfassung ausgedrückten Herangehensweise, wurde diese Zeit seitens der Zeitgenossen als „die kroatische Krise“ benannt. Die Einstellung gegenüber der Krise und die Bemühungen um eine Lösung haben das Rückgrat des kroatischen politischen Lebens jener Zeit gebildet. In diesem Kontext dachte auch Vinko Krišković.² Er schrieb: „Da die kroatischen politischen Parteien zerrissen waren und es keine Art von Einigung zur Verteidigung der höheren Interessen des Landes gab, hat die Volkspartei (die Unionisten) während der Herrschaft von Khuen- Héderváry die Pravašen (kroatische Rechtspartei) durch die Serben destabilisiert. So haben nun die Initiatoren der Resolution von Rijeka die Unionisten mit Hilfe von Serben zerstört, und beide haben den Serben die Entscheidungen über alles überlas-

² Vinko Krišković (Senj, 1861 - Zürich, 1952), Rechtsanwalt, Politiker, Übersetzer und Essayist. Professor an der Juristischen Fakultät in Zagreb 1900-1927. Vertreter im kroatischen Parlament von 1913 bis 1917. Von 1917 bis 1918 Vizeban der Landregierung. Als Mitglied des kroatischen Parlaments wurde er 1918 zum Stellvertreter des kroatischen Staatsrats der NDH ernannt. Er zog 1944 in die Schweiz. Er gilt als Gründer der kroatischen Shakespeareology.

sen; sie haben nicht daran gedacht, dass die Serben nicht nur eine heimische politische Partei, sondern eine andere Nation waren, die es kaum abwarten konnte, die Gelegenheit zu bekommen, ihr eigenes Land aufzubauen und die kroatische Herrschaft zu zerbrechen.“³

Auch über die Bedrängnisse seitens Ungarns hat Krišković eine interessante Denkweise hervorgebracht: „Die ungarischen Aufschreie im Bahnverkehr und in gewissem Maße auch die ungarischen Ergänzungen in Dokumenten der gemeinsamen Büros haben nur Spott und Gelächter verursacht, nur den Widerstandsgeist geweckt und das nationale Bewusstsein gestärkt. Das chauvinistische ungarische Märchen, mit welchem sich die ungarischen Geschwätzer nur groß getan haben, über das ungarische Nationalreich von zwanzig Millionen, ausgehend von den Karpaten bis zum Meer, war ein kindisches Geplapper ohne einen Funken von realer Grundlage, weil zehn Millionen Ungarn jene zehn Millionen Nichtungarn einfach nicht schlucken können. Kroatien hat, was die Magyarisierung betrifft, ein Beispiel des Widerstands der Bevölkerung gegeben, als einzigen und empörendsten in der Weltgeschichte des öffentlichen Lebens und des Parlamentarismus. Deren Vertreter im gemeinsamen Parlament in dieser Kompromisszeit haben die ungarische Verhandlungssprache nicht verstanden, weil sie diese weder lernen noch im öffentlichen Leben verwenden wollten“.⁴

Schließlich stellte sich heraus, dass zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Kroatien mehr diplomatische Fähigkeiten notwendig waren. Im Gegensatz zur energischen Verwaltung von Ban Paul Rauch, hat Nikola Tomašić⁵ auf eine unaufdringliche Weise versucht, die kroatisch-serbische Koa-

³ Vinko Krišković, *Eurazijska država u procjepu dviju politika*, in: *Hrvatska revija*, Bd 2, (1952), Buenos Aires, S. 258.

⁴ V. Krišković, *Geografski položaj Hrvatske*, in: *Hrvatska Revija*, Bd 4, (1953), Buenos Aires, S. 392.

⁵ Nikola pl. Tomašić (Zagreb, 13.1.1864 - Trešćerovac, 29.5.1918) war Mitglied der alten mittelalterlichen kroatischen Adelsfamilie. Die Ungarn waren traditionell in seiner Familie. Der Vater Josip, ein Adelsrichter, musste übrigens wie einige andere Ungarn 1848 fliehen, hat später nichtsdestotrotz hohe Amtspflichten erreicht. Darüber hinaus arbeitete er eng mit dem Ban Levin Rauch bei der Ausarbeitung und Durchführung des Kroatisch-ungarischen Vergleichs zusammen. Sein Sohn Nikola übernahm das Familienanwesen, und eine Zeit lang war er Professor für Nationalökonomie an der Juristischen Fakultät in Zagreb. Er veröffentlichte 1910 das Buch „Pacta Conventa“, welches das erste Band der Reihe „Temelji državnog prava hrvatskog kraljevstva“ war. Zu Beginn der 90-er Jahre des 19. Jahrhunderts wurde er einer der engsten Vertrauten von Ban Khuen. Während 1905, also nach Khuen- Héderváry Weggang, als klar wurde, dass der Fortschritt des inländischen Kapitals die Interesse der ungarischen Aristokratie gefährden kann, hatte er die führende Rolle nicht nur in der Hypothekenbank, sondern auch in zwei neu gegründeten Banken. Schließlich war Tomašić der Führer der Khuen-er Volkspartei. Die Ban-Pflicht bekleidete er vom 5.2. 1910 bis zum 19.1.1912; Siehe: Mirjana

lition durch Trennung der Kroaten von den Serben zu schwächen. Er stimmte einem Bündnis mit der Koalition zu. Der Kompromisscharakter ihrer Vereinbarung war die ganze Zeit offensichtlich. Tomašić hat beschlossen, das Wahlgesetz zu erweitern, bis sich die Voraussetzungen für die Einführung eines Wahlgesetzes mit allgemeinem Wahlrecht erfüllen.⁶ Als Gegenleistung hat ihm die kroatisch-serbische Koalition erlaubt, auf parlamentarischer Ebene zu bleiben. Sie half ihm neun Unionisten nach Wahl des derzeitigen Ministerpräsidenten von Khuen-Héderváry ins Parlament zu bringen. Während des Verfahrens zur Annahme eines neuen Wahlgesetzes hat Tomašić die ersten Erkenntnisse über die Beziehungen in der Koalition bekommen. Im serbischen Flügel der Koalition wurde besonders darauf bestanden, dass die alte Khuen-Wahlgeometrie beibehalten wird. Damit hatten sie Erfolg, aber als sie versucht haben auch auf spezifische Personallösungen Einfluss zu nehmen, hat Tomašić die Zusammenarbeit unterbrochen und im Sommer 1911 eine neue politische Partei, die Partei des Nationalen Fortschritts, gegründet.⁷

Mit der Programmerkklärung der neuen Partei wurde deren unionistische Orientierung hervorgehoben: „Die Grundlagen der Politik des Königreichs von Kroatien, Slawonien und Dalmatien sind unerschütterliche untergegebene Treue zur Krone und festes Glauben an den vorweltlichen Bund, welcher uns an eine Staatenunion mit dem verschwisternden Königreich Ungarn bindet“. Tomašić hat die aktuellen politischen Verhältnisse nicht ignoriert, sondern diesen entsprechend auch das Parteiprogramm angepasst. Daher betonte er: „Deshalb ist es unsere Pflicht, das Volk zu lehren, dass unsere Politik nicht im

Gross, O položaju plemstva u strukturi elite u sjevernoj Hrvatskoj potkraj 19. i na početku 20. stoljeća, in: *Historijski zbornik XXXI-XXXII*, (1978-1979), Zagreb, S. 136.

⁶ Hrvatski državni arhiv (HDA - Das Kroatische Staatsarchiv), Osobni fond Đuro Šurmin, Fond 833 (im Folgenden: HR-HDA-833), Kt. 1., Sg. 132., 25. 1. 1910.

⁷ Tomašićs Eindrücke über die Beziehungen in der kroatisch-serbischen Koalition werden von Dr. Živko Bertić übermittelt. Er basiert sie auf Tomašićs Kontakten mit dem Führer der Kroatischen Koalitionspartei Dr. Ivan Lorković. Er schrieb: „Da er ein Mensch (im Allg.) war, fing Ban Nikola Tomašić, eines gewissen anerkannten kroatischen Patriotismus, politisch gut informiert und routiniert, an, Kroaten in patriotischen Leim zu locken und warnte sie, dass diese Gemeinschaft mit einer Katastrophe für die Kroaten enden muss, weil sie von den Serben betrogen werden, und die Ungarn verleumden sie damit in Wien (...) der verstorbene Lorković sagte offen zu Tomašić, dass er vielleicht auch die Notwendigkeit der Auseinanderbrechung mit den Serben sehen könnte, aber erkennt auch, dass es den Kroaten unmöglich ist, dann mit den Serben abzurechnen, wann es die kroatischen Gegner wünschen und suchen, und noch weniger ist es möglich, dass die Kroaten während dieser verhängnisvolle Spaltung an die Seite ihrer Gegner kommen und sich mit ihnen versöhnen, ohne wirkliche Garantie, dass sich ihre politischen Position verbessern wird.“ Siehe: Živan Bertić, *Hrvatska politika*, Zagreb 1927, S. 33.

Abriss der Einigung liegen kann, sondern in bestmöglicher Ausschöpfung der Einigung zu unseren Gunsten“.⁸

Es ist interessant, die Pläne, die die neue unionistische Partei durchführen wollte, zu betrachten. Durch ihre Analyse können wir die historiographische Reflexion von den vorherigen Aussagen trennen, welche den unionistischen Parteien automatisch anti-kroatischen und proungarischen Charakter zugeschrieben haben. Es ist korrekter zu behaupten, dass die unionistischen Parteien die Anlehnung auf Ungarn als eine politische und rechtliche Grundlage verstanden haben, die auf der kroatisch-ungarischen Regelung basiert. Sie respektieren den staatlich-rechtlichen Rahmen und versuchen eine realistische Politik zu führen, und da es sich vor allem um eine kroatische Partei handelt, ist es ihre Aufgabe, für bestimmte Rechte zugunsten des Dreieinigem Königreichs zu kämpfen. Diese Behauptung wird auch im Gemeinsamen Parlament in Budapest durch die Aktivitäten der kroatischen Vertreter, die politisch nah zu Nikola Tomašić stehen, bestätigt. Darüber schrieb Mira Kolar-Dimitrijević: „Die Zeit vom 24. bis zum 27. März war dort sehr kritisch, weil unsere Vertreter auf die Änderung der Eisenbahn-Pragmatik bestanden haben, sodass auch der Präsident der ungarischen Regierung, Dragutin Khuen Héderváry, letztendlich zugab, dass das Gesetz über die Eisenbahn-Pragmatik ‚unverletzbar‘ sei und dass das Gesetz überarbeitet werden müsse. Daraufhin haben die ungarischen Abgeordneten Ottsy und Polóny die kroatische Delegation, welche ewig Intrigen in dem Budapestern Parlament macht, angegriffen, worauf Dr. Francis Papratović geantwortet hat, dass Kroaten der Einigung entsprechend das Recht haben, im gemeinsamen Parlament kroatisch zu sprechen.“⁹

Es ist eindeutig, dass die Unionisten im ideologischen Kontext die Politik nicht in Übereinstimmung mit der ungarischen Staatsidee umsetzen. Umgekehrt ist ihre Politik im Rahmen des kroatischen Staatsrechts nicht national. Also liegt die Besonderheit des Unionismus in der realen Politik, was unter diesen Umständen als die Anerkennung des nationalen Rechtsrahmens und die Achtung des Gesetzes zu verstehen war, welches der Ursprung der kroatisch-ungarischen Einigung war. Daher kann das Programm der Unionistischen Partei des Nationalen Fortschritts dazu dienen, das aktuelle Verständnis der Politik der kroatischen Parteien der Unionistischen Ausrichtung zu korrigieren.

Die Behauptung, dass die von Nikola Tomašić angeführten Unionisten um die Umsetzung einer realen Politik bemüht waren, ist in ihrem Antrag erklärt: “ (...) dass uns gemäß dem Abkommen das garantierte Spezialgebiet

⁸ Božidar Magovac (Hrsg.), *Sabrana djela Antuna Radića (I-XIX)*, Zagreb 1938, S. 94-99.

⁹ Mira Kolar-Dimitrijević, *Povjesničar dr. Ferdo Šišić kao saborski zastupnik 1908.-1911. godine*, in: *Scrinia Slavonica*, Bd3, (2003) Nr. 1, S. 428.

vervollständigt wird, und dies in erster Linie im Rahmen, welcher uns das Abkommen garantiert: aber außer diesem soll man die Verhältnisse nicht aus der Sicht verlieren, die das Königreich Kroatien und die Krone des Hl. Stephan mit dem alten bosnischen Reich verbinden, weil es Teile des heutigen Bosnien und Herzegowina gibt, die Teil des kroatischen Königreichs waren“. Im Programm werden weitere politische Ziele aufgeführt: „über die kroatische Sprache bei gemeinsamen Ämtern und der Eisenbahn, über die Heimwehr (welche unter ungarischem Einfluss ist), über die Festlegung unserer Söhne in gemeinsame Dienste (bei den Eisenbahnen, der Heimwehr und der Forstwirtschaft), über die Gründung der IV. (Wirtschaftsabteilung) bei der Regierung, über den Bau unserer Eisenbahnen, über die Eisenbahnpreisliste, über auf die Unterstützung der heimischen Industrie, über die Bedürfnisse des Bauerns (Einrichtung seines Besitzes, seiner Kreditregelung und Regulierung des Erbrechts).“¹⁰

Viele der Teilnehmer der kroatischen politischen Szene wurden von der neuen unionistischen Partei überrascht. So wurde im *Dom*, dem Tagebuch der Kroatischen Bauernpartei mit Erstaunen kommentiert: „Wir hatten schon gedacht, dass es keine Magyaren gibt. Und der *Dom* hatte bereits geschrieben, dass es sie nicht gäbe. Und es gab sie auch nicht als Partei, sondern es haben sich vereinzelt alte Magyaren zur Seite gezogen, so als wären sie gefangene Verbrecher, die angesichts des ehrlichen Universums verurteilt wurden. Nun hat Tomašić die Volksverbrecher zu sammeln begonnen, um aus diesen eine Quasi-Partei zu gründen, doch tatsächlich hat er eine gestreute Truppe von Magyaren zusammengestellt.“¹¹

Der obige Artikel ist ein gutes Beispiel für den Stand vom Unionismus in Kroatien, sowie die Tatsache, dass Tomašić trotz allem versucht hat, sie neu zu organisieren und an die Macht zu bringen. Doch bereits die nächsten Wahlen im Oktober 1911 waren ihm eine Lektion. Die Ergebnisse erlaubten ihm nicht, den durchdachten Plan umzusetzen. Er hatte zwanzig Mandate, in denen er die Mehrheit im Parlament nicht erreichen konnte. Da er keine Lösung fand, beschloss er, sich vorübergehend zurückzuziehen.¹² Die Wahlergebnisse zeigten die Macht der vereinigten Partei des Rechts, während die kroatisch-serbische Koalition einige Mandate im Vergleich zu früheren Wahlen verlor, aber auch weiterhin ein wichtiger politischer Faktor und die zweitstärkste kroatische politische Partei blieb.¹³ Nichtsdestotrotz hatte aus der Zusammenarbeit

¹⁰ B. Magovac (Hrsg.), *Sabrana djela Antuna Radića (I-XIX)*, S. 94-99.

¹¹ *ibd.*, S. 96.

¹² Hrvatski državni arhiv, Kraljevski ministar Hrvatsko-slavonsko-dalmatinski u Budimpešti, Fond 77 (HR-HDA-77), Kt. 36, Nr. 13-107/1912, 34-1912.

¹³ Mirjana Gross, *Povijest pravaške ideologije*, Zagreb 1973, S. 383.

mit Tomašić die Koalition die größeren Vorteile. Zahlreiche zur Zeit des Bans Pavel Rauch getroffene Entscheidungen wurden annulliert. Die erworbenen Rechte für seine Verwaltung wurden einfach ignoriert. Der hochverräterische Prozess und angeklagte Personen wurden abgeschafft.¹⁴ Darüber hinaus gewann die Koalition ein neues Wahlgesetz mit akzeptabler Wahlgeometrie, was in den folgenden politischen Prozessen von größter Bedeutung war. Nikola Tomašić wird 1913 erneut versuchen, die Führung der kroatischen Politik durch Verhandlungen mit der Regierung von István Tisza zu übernehmen.

Unionisten in der Zeit des Kommissariats

Die derzeitigen kroatisch-ungarischen Beziehungen wurden durch ein erstklassiges politisches Ereignis bezeichnet – der Vereinigung der Rechtsparteien aus Banska-Kroatien, Dalmatien, Istrien sowie Bosnien und Herzegowina¹⁵, insbesondere als die Pravaši am 31. Januar 1912 ein Memorandum mit 55 Unterschriften von Abgeordneten der Rechtspartei dem König Franz Joseph und Kronprinz Franz Ferdinand zugesandt haben.¹⁶

Das Memorandum war ein Volksprogramm, ein politisches „Credo“ des kroatischen Volkes zwei Jahre vor Kriegsbeginn. Damit wurde auch das Angebot an die Dynastie ausgeprägt, da durch die Realisierung des Rechtsparteivorschlages zur Vereinigung der kroatischen Länder in einen unabhängigen Staatskörper innerhalb der Monarchie zugleich im Süden eine zuverlässige Verteidigung und ein Schutz der Interessen der Dynastie und der Monarchie geschaffen werden würde. Natürlich stand solch ein politisches Programm in Konflikt mit den Interessen der dualistischen Kreise, sodass Franz Joseph auf ihn auch nicht geantwortet hat, während die Ungarn von der Entwicklung der politischen Lage in Kroatien, vor allem der Vereinheitlichung der Rechtspartei und deren Memorandum, verblüfft waren. Deshalb wurde das Memo-

¹⁴ Memoari bana Pavla Raucha, Hrsg. Branka Molnar, Zagreb 2009, S. 116.

¹⁵ Auf Initiative der dalmatischen Mitglieder der Rechtspartei wurde am 25. Juli 1911 eine Konferenz in Zagreb gehalten, auf der ein Grundstein zur gemeinsamen Organisation der Parteien von Starčević und franko-klerikaler Partei, der dalmatischen Rechtspartei, istri-anischen Rechtspartei, Stadlers katholischen Verbandes und Mandićs kroatischer Volksgemeinschaft gelegt wurde. Eine solche Organisation wird sich mit den slowenischen Klerikalen verbinden und im Oktober 1911 eine Vollrechtsparteiische Organisation für alle kroatischen Länder und Bosnien und Herzegowina aufbauen. Dr. Mile Starčević wurde zum Präsidenten gewählt und zum Vizepräsident Frankovac Dr. Aleksandar Horvat. Siehe: M. Gross, Povijest pravaške ideologije, S. 381.

¹⁶ Jaroslav Šidak, Studije iz hrvatske povijesti XIX stoljeća – Hrvatsko pitanje u Habsburškoj Monarhiji, Zagreb 1973, S. 40.

randum beschlagnahmt und mehrere Chefredakteure von Zeitungen wegen Unruhen beschuldigt. Ministerpräsident Khuen zögerte sogar nicht, offen mit Maßnahmen zu drohen, die kurz nach der Gründung des Kommissariats tatsächlich umgesetzt wurden. Unter solchen Umständen bleiben Tomašić nur Neuwahlen übrig, doch als er auch mit diesen keine guten Ergebnisse erzielte, beschloss er, sich zurückzuziehen. Als er ging, hatte er genug Einfluss, um einen neuen Ban vorzuschlagen; so wurde am 19. Januar 1912 Slavko Cuvaj zum kroatischen Ban ernannt.¹⁷

Tomašićs Nachfolger war der politischen Situation im Zusammenhang mit dem nächsten Ereignis in der kroatischen politischen Szene – der Vereinbarung der beiden führenden kroatischen Parteien: der Vereinigung der Rechten und der kroatisch-serbischen Koalition – nicht gewachsen. Diese unterzeichneten am 12. März 1912 eine Kooperationsvereinbarung, nach der sie verpflichtet waren, die Abgeordneten des kroatischen Parlaments nicht ins gemeinsame ungarisch-kroatische Parlament zu wählen, bis die Sanierung zahlreicher Verstöße gegen das Abkommen erreicht wurde. Sie einigten sich auch darauf am Ende des Finanzabkommens keine neue abzuschließen. Damit wurde der Kampf um eine finanzielle Autonomie in den Vordergrund gehoben.¹⁸ Darüber hinaus forderten sie das allgemeine Wahlrecht sowie die Ausschreibung der Wahlen.¹⁹ Da es darum ging, die grundlegenden Postulate, auf denen die kroatisch-ungarische Staatsstruktur auf der ungarischen Führung beruhte, zu negieren, war es klar, dass Kroatien sich entschiedenen Widerstand zu leisten. Insbesondere, weil sie die Aufhebung der finanziellen Verpflichtungen angekündigt haben, das heißt, den Teil, von dem sie am meisten profitiert haben.

Trotz der guten Kenntnis über die kroatischen Möglichkeiten, war die ungarische Führung über diese Vereinbarung überrascht. Unter solchen Umständen konnten sie bezüglich der Herausforderung aus Kroatien keine Lösung finden, als das Verfassungsleben auszusetzen, das kroatische Parlament aufzulösen und statt dem Ban, einen königlichen Kommissar zu ernennen. So hat am 31. März 1912 auf Vorschlag des ungarischen Premierministers, Khuen-Héderváry, Franz Joseph einen Beschluss unterzeichnet, durch den an die Spitze der autonomen Regierung statt ein dem Parlament verpflichteter Ban, ein dem Parlament unverpflichteter und dem ungarischem Minister unterworfenener Königskommissar eingestellt. Slavko Cuvaj, der bisherige konstitutionelle Ban des Dreieinigten Königreiches, wurde zum Kommissar ernannt. Im

¹⁷ HR-HDA-77, Präsidium, Kt. 36, Nr. 177.

¹⁸ M. Gross, *Povijest pravaške ideologije*, S. 385.

¹⁹ Božena Vranješ-Šoljan, *Hrvatsko-mađarski odnosi 1868.-1918.*, in: *Zbornik radova Hrvatsko-mađarski odnosi 1102.-1918.*, Zagreb 2004, S. 276.

Bescheid wurden weder die Gründe, die zu solch einer Entscheidung führten, noch die Aufgaben des neuen königlichen Beauftragten erklärt.²⁰ Die Errichtung des Kommissariats war verfassungswidrig, da §50 der kroatisch-ungarischen Ausgleich vorschreibt, dass: „Auf der Führungsstelle der autonomen Regierung des Königreiches Dalmatien und Slawonien ein Ban steht, der dem Parlament derselben Königreiche verpflichtet ist“.²¹

Die Ungarn neigen solche Handlung mit der Interpretation zu berechtigen, dass die letzten Ereignisse in Kroatien, wie etwa das Memorandum der Rechten und die interparlamentarische Vereinbarung, Versuche sind, sich von Ungarn zu trennen. Der Vertreter der Opposition Geyza Polónyi stellte im Parlament die Frage: „Sind die Nachrichten wahr, welche, über *Pester Lloyd*, bis an die ungarischen Abgeordneten reichen –, dass Kroatien beabsichtigt hatte, ihre Abspaltung von Ungarn zu erklären?! Wenn ja, warum wird es nicht auch offiziell angekündigt? Angeblich handelt es sich darum, dass die kroatische Opposition dem Kaiser ein Memorandum gegen die Regierung und die Banen-Gesetzlosigkeit vorgelegt hat, mit der Bitte, dass sich Bosnien Kroatien anschließt und sie gemeinsam ihre Abspaltung von Ungarn erklären?!“²² Dem Ministerpräsidenten Khuen gab die Beantwortung der Oppositionsfragen Gelegenheit, das Verhältnis zu Kroatien zu erklären. Er bestätigte jedoch nicht die Absicht der Kroaten, sich von Ungarn zu trennen. In einer undeutlichen Antwort Khuens hieß es: „Wir haben einige Informationen über ähnliche Ziele des Parlaments, aber es kann nicht die Rede darüber sein, dass diese Bemühungen fruchten könnten. Jedoch hat es sich tatsächlich um eine Demonstration gehandelt, die der Trialismus ausnutzen könnte.“²³

Trotz der Tatsache, dass die von Khuen geführte ungarische Führung ein Kommissariat gegründet hat, mit der Begründung, dass dies wegen der Ankündigung der Trennung Kroatiens geschah, denn auch die ungarische Presse hatte fast zwei Jahre kontinuierlich solche Absichten bestätigt, hat sich die meist informierte Person, der ungarische Ministerpräsident, nicht gewagt zu bestätigen, dass es sich tatsächlich darum handelte. Die Antwort hat er geschickt umgangen. Die Ungarn brauchten einen guten Grund, und da siwe diesen nicht in den politischen Ereignissen in Kroatien fanden, erstellten sie ihre eigene Interpretation. Desweiteren, hätte das kroatische Parlament in ir-

²⁰ Hrvatski državni arhiv, Zemaljska vlada. Predsjedništvo, fond 78 (HR-HDA-78), Kt. 847, Nr. 1592, Zagreb, 3. 4. 1912; Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.; sv. I., Zagreb 1914, S. 67.

²¹ Josip Šarinić, *Nagodbena Hrvatska–Postanak i osnove organizacije*, Zagreb 1972, S. 286.

²² Arpad Lebl, *Hrvatsko pitanje kroz prizmu ugarskog parlamenta 1892.-1918.*, in: *Historijski zbornik XVIII*, (1964), Zagreb, S. 291.

²³ *ibd.*, S. 291-292.

gendeinem Fall tatsächlich die Trennung von Ungarn erklären wollte, so gab es dafür weder politische noch rechtliche Voraussetzungen. Allerdings hat die gemeinsame Regierung angeblich an die Möglichkeit des „Bruchs“ geglaubt und mit dem Ziel der Beibehaltung des kroatisch-ungarischen Abkommens die Verfassung einbehalten und einen Kommissar eingesetzt. Damit hat sie auch selbst das Abkommen überschritten, weil das Institut des Kommissars im Gesetz nicht existierte. Auch in früheren Zeiten haben sich die ungarischen Herrscher Kroatien gegenüber entsprechend der zuvor betonten Interpretation über die acht Landkreise, denen sie Autonomie gaben, verhalten; ebenso können sie ihnen diese wieder abnehmen, wenn sie es für nötig halten.

Das Kommissariat dauerte fast 20 Monate und suspendierte die gesetzgebende und kontrollierende Autorität des kroatischen Parlaments. Es wurde auf allen Ebenen angewandt, von der Landesregierung und dem Parlament bis zu den Gemeinden, in denen die königlichen Ordnungskommissionen eingerichtet wurden, welche den städtischen Behörden überlagen. So expandierte das Kommissariat systematisch im ganzen Land.²⁴ Damit wurde das Kommissariat ein Mittel zur Überzeugung bei der Bestimmung von Budapest geworden. Budapest hat zum Austausch für die bedingungslose Zusammenarbeit nur persönlichen und parteiischen Nutzen angeboten, was im Gegensatz zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wohlbefinden des Dreifaltigen Königreichs steht.

Seine Eindrücke über den kroatischen Alltag während seines Kommissariats brachte der Vertreter der Kroatischen Bauernpartei, Tomo Jalžebetić, hervor. Aufgrund des Vergleichs des Lebens auf dem Land mit dem in der Stadt während diesen 20 Monate ist seine Erfahrung interessant: „Ihr, die die Gelegenheit hattet, unter dem Kommissariat in der Stadt zu leben, habt den Einfluss nicht auf gleiche Art erlebt, wie das Volk da draußen erlebt (...) Ihr hattet dort Vereinbarungen, irgendwelche Anordnungen in der Stadt, ob in Kneipen, während Spaziergänge oder irgendwo anders, während wir uns nicht einmal zu zweit treffen durften, die Presse für uns verschlossen war und wir nicht wussten, wo etwas stattfand; die Bezirksleiter haben solch einen Druck auf uns ausgeübt, es war, als hätten wir eine Sperre auf den Zähnen.“²⁵ Die Situation blieb unverändert bis zum 23. Dezember 1912, als Slavko Cuvaj vom Stirnplatz in der kroatischen Regierung zurückgezogen wurde.²⁶ Er trat nicht mehr an die Spitze der Landesregierung zurück.

²⁴ HR-HDA-78, Kt. 790.

²⁵ Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.; sv. X., Zagreb 1914, 13. 1. 1914, S. 382.

²⁶ Politički pregled, *Hrvat*, Nr. 130 (1. 12. 1913), S. 2.

Zur Zeit seiner Herrschaft sind nur zwei Ereignisse, mit denen der Kommissar und sein Management unterstützt wurden, bekannt. Beide wurden auf Initiative der nationalen Regierung organisiert. Ihr Ziel war es, Cuvajs Beseitigung vom Posten des Kommissars zu verhindern, aber als dies doch passierte, wollten sie auf seine Rückkehr einwirken. Ersteres war organisierter und massiver, da Cuvaj als derzeitiger Kommissar die Organisation einer solchen Ansammlung unterstützen konnte. Auf der sogenannten Anbetung des Banes seitens des Volkes, haben sich am 21. November 1912 in Zagreb 4000 Menschen versammelt, organisiert in 250 Delegationen aus allen acht Bezirken. Im Beitrag zur Aussage, dass das Treffen mit der Unterstützung der Landesregierung stattfand, ist auch die Tatsache, dass über die ganze Veranstaltung eine Werbebroschüre gedruckt wurde, in der im Leitartikel die Haltung der Regierung über die Gründe für die Einsetzung eines Kommissars erklärt war. Als verantwortliche gelten die Oppositionsparteien, welchen Pragmatik nur ein Mittel ist, während das eigentliche Ziel es ist, einen Ban und eine eigene Regierung zu haben. Cuvajs Führungsart wird wie folgt gerechtfertigt: „Das Volk muss leben und Fortschritte machen (...) Das Verfassungsregime konnte ihm hier keine Hilfe leisten, weil es an die Zulassung der notwendigen Mittel vom Parlament gebunden war, und unsere Oppositionsparteien diese Mittel nicht genehmigen wollten (...), sie wollten ihre eigene Regierung (...) Als der königliche Vertraute, Slavko Cuvaj von Ivanska, die aufgewühlten und ungesunden Partei umstände, welche in den Verfassungsumständen die Einhaltung der nationalen Bedürfnisse unterbanden, sah, machte er sich mit der Gnade der hellen Krone an die übertragenen Aufgaben als königlicher Vertrauter heran.“²⁷

Die Geplante „Anbetung der Menschen“ Ende November 1912 sollte ersichtlich Cuvajs Rückzug aus der kroatischen Regierung verhindern, und als dies einen Monat später auch geschah, wird erneut versucht, mittels eines Rundschreibens einer kleineren Anzahl von Mitgliedern der Partei des nationalen Fortschritts und mithilfe eines Memorandums an den ungarischen Ministerpräsidenten, auf ihn Aufmerksamkeit zu lenken. Unterstützt wurde er vom Vizebürgermeister Gjuro Horvat, Vladimir Nikolić-Zemunski und Aleksa Ivić. Am 4. April 1913 schufen sie ein Rundschreiben für Mitglieder der Partei des Nationalen Fortschritts.²⁸

²⁷ HR-HDA-78, Kt. 833. Broschüre Nationale Bedürfnisse präsentiert über mehr als 250 Deputationen mit über 4000 Mitgliedern aus allen Schichten des Volkes und aus ganz Kroatien und Slawonien anlässlich der Anbetung seiner Exzellenz dem königlichem Vertrautem Ban Slavko pl. Cuvaj od Ivanske am 21. November 1912., Zagreb 1912.

²⁸ Hrvatska u g. 1913, *Obzor*, Nr. 1 (1. 1. 1914), S. 2.

Sie konnten diese jedoch nicht wesentlich beeinflussen, weil sie von der großen politischen Autorität Tomašić geführt wurden und er sich in dieser Zeit bereits von Cuvaj distanziert hatte. Immerhin führte Tomašić die Politik auf einer höheren Ebene als es die banalen Vorschläge und Methodologie des Rundschreibens waren. Er agierte in Budapest, hatte enge Kontakte zu den wichtigsten ungarischen Politikern und nahm an den Arbeiten des Gemeinsamen Parlamentes teil. Bereits zu dieser Zeit betonte er, dass die kroatische Frage nur gelöst werden könnte, wenn man die Pragmatik und andere kontroverse Themen und Siedlungen beseitigen würde. Als der Versuch, die Unionisten zu mobilisieren, verfiel, wurde das Rundschreiben in ein Memorandum für den ungarischen Ministerpräsidenten, Laszlo Lukacs, bearbeitet.²⁹ Nur einen Monat nach Erhalt des Memorandums organisierte Lukacs eine unionistische Konferenz in Budapest. Unter den vielen unionistischen Politikern war Cuvaj nicht. Offensichtlich ermutigte das Memorandum die ungarische Regierung nicht dazu, ihre Vorschläge zu betrachten. Cuvaj verstand offenbar die Botschaft und bot am 24. Mai 1913 seinen Rücktritt an. Das wird er nach einer ähnlichen Konferenz mit dem neuen Ministerpräsidenten, István Tisza, am 4. Juni 1913 wider anbieten und zum dritten und letzten Mal am 21. Juni 1913.³⁰

Da sie ohne Tomašićs Unterstützung blieben, war die Frage, wen die Memorandums-Verfasser tatsächlich vorgestellt haben. Sie waren eine Gruppe von unorganisierten Gewerkschaftsmitgliedern, weshalb das Memorandum seine Bedeutung verlor. Trotz der Tatsache, dass dieses Ereignis für die politischen Prozesse zu dieser Zeit nicht von besonderer Bedeutung war, ist es aufgrund der historiographischen Dimension, vor allem wegen der Zensur, der politischen und der Nachrichtenproduktion dieser Zeit, gut aufzugliedern. Über das Kommissariat konnte nur Supilos Zeitschrift *Riečki novi list* schreiben, weil sie sich außerhalb des Gebiets befand, auf das sich das Kommissariat angewandt hatte. Später werden die Führer der kroatisch-serbischen Koalition Supilo beschuldigen, das Kommissariat nicht kritisiert zu haben.³¹ Seine redaktionelle Politik ist sicherlich eine Folge des Austritts aus der Koalition, das heißt eines politischen Konflikts mit den Führern des serbischen Flügels der Partei. Um allerdings eine reale Auswertung darüber anzubieten, wie viel und in welcher Weise Supilo in dieser Zeit gegen das Kommissariat schrieb, und wie viel für oder gegen die kroatisch-serbische Koalition, wäre es notwendig, eine Forschung zu betreiben und die Ergebnisse in einer bestimmten historiographischen Analyse zu präsentieren.

²⁹ *ibd.*, S. 2.

³⁰ *ibd.*, S. 2.

³¹ HR-HDA-833, Kt. 1., Sg. 155., Dr. Bogoslav Mažuranić: Izbornikom kotara bakarskoga, vinodolskoga i gorskoga, 1913.

In Bezug auf das Kommissariat und seine Folgen, fehlt es den Historikern an Materie, mit der sie die Ereignisse aus dieser Zeit vollständiger erfassen können. Daher ist das Memorandum eine wertvolle historische Quelle für die Beurteilung der kroatischen gesellschaftlichen Realität. Durch ihn entdecken wir die Interessen, wenngleich geschwächte, aber immer noch bestehende unionistische Gruppierungen in Kroatien. Er kam zu Tage, als Cuvaj bereits aus dem Posten des Kommissars zurückgezogen worden war, sodass durch Verklärung seiner kurzfristigen Führung seine Rückkehr beeinflusst werden sollte. Er wurde von Franjo Pirković, dem Vizebürgermeister von Požega, unterzeichnet.³²

Darin wurden die politischen Anstrengungen geäußert, sowie der Ausdruck und die Methodik des Teils der Unionisten, der die Unterstützung der repressiven ungarischen Verwaltung in Kroatien gesichert hat, wie sie es zur Zeit von Kuen-Hedervary und Slavko Cuvaj war. Die Verfasser des Memorandum konnten an den großen politischen Prozessen dieser Zeit teilnehmen. Deshalb unterscheiden sie sich durch Ausdruck und Inhalt von dem subtileren Vorgehen der unionistischen Eliten, welche die Rhetorik in Einklang mit der Führung der realen Politik berücksichtigen müssen. Es ist so kompromisslos, dass es sich in historiographischer Beurteilung wahrhaftig auf die politischen Ziele eines Teils der Unionisten bezieht. Ihre Analyse der politischen Situation in Kroatien seit Hédervárys Abtritt bis zum Kommissariat von Cuvaj ist sehr kritisch gegenüber allen Versuchen der Modifizierung der unionistischen Partei. Im Rückblick auf die oben genannte Zeit betonen sie: „Der Abgang von Graf Kuen-Hedervary aus Kroatien hat in unserer autonomen Verwaltung ein richtiges Umherirren verursacht. Aufgrund des fehlgeleiteten politischen Ansatzes unserer Regierung und der Parteien ist es im Jahre 1906 der neuen politischen Bildung, der kroatisch-serbischen Koalition, gelungen, mit Hilfe der ungarischen Koalitionsregierung bei uns zur Parlamentsmehrheit und auch an die Regierung zu kommen, (...) sie wollte an zwei Tischen sitzen. Im Gegensatz zur Pest war sie pharisäerhaft und wurde als einzige feste Stütze dem Unionismus und Wächterin der kroatisch-ungarischen Gemeinschaft erbaut; im Gegenteil, im Volk war sie der größte Feind Ungarns und deutete dem Volk gerade revolutionär den Kampf gegen die Ungarn. Sie blockierte das Parlament, nicht aus Gründen der Muttersprache, sondern mit der Tendenz, das ungarische Parlament in der fremden Welt zu entwürdigen und den Ruf einer ritterlichen ungarischen Nation zu zerstören.“³³

Unter Hinweis auf die genannten Ereignisse rechtfertigten sie die Gründung des Kommissariats und die Art und Weise, wie Slavko Cuvaj es ausführ-

³² HR-HDA-833, S. 833, Kt. Nr. 1., Sg. 156.

³³ HR-HDA-833, S. 833, Kt. Nr. 1., Sg. 156, S. 1

te. Sie waren der Ansicht, dass sich Kroatien wirtschaftlich, bildungsmäßig und finanziell zu erholen begann, und waren überrascht, dass S. Cuvaj aus Kroatien abgezogen wurde. Sie protestierten insbesondere gegen Geyzi Josipović, den kroatischen Minister in der Gemeinsamen Regierung und seinen Vorschlag über Gespräche mit der kroatisch-serbischen Koalition um mit Rakodczay als kroatischen Ban an die Macht zu kommen. Sie äußerten sich zu diesem Plan wie folgt: „Josipović hat uns Beamten in die Ecke geschoben, so dass heute niemand niemandem etwas glaubt. Der Unionismus nimmt ab!“³⁴

Nach der Überprüfung der politischen Ereignisse haben die Verfasser des Memorandums Vorschläge zur Lösung der Beziehungen in Kroatien unterbreitet. So ersuchten sie die Benennung eines Ban wie Khuen-Hedekarry. Als sein würdiger Nachfolger galt gerade Cuvaj. Sie fanden, dass die Bürokratie in Kroatien insbesondere der kroatisch-serbischen Koalition geneigt war, und schlugen daher vor, die Revision durchzuführen, mit dem Ziel, dass nur vertrauliche, unionistisch orientierte Personen im Staatsdienst arbeiten. Das Memorandum hat Slavko Cuvaj und seiner Rückkehr nach Banski Dvori nicht geholfen. Sogar der ungarische Ministerpräsident László Lukács, welchem das Memorandum zugewiesen war, konnte nach ihm nicht handeln, weil er wegen einer Korruptionsaffäre bald zum Rücktritt gezwungen wurde.

Es muss betont werden, dass die ungarische Führung in der Anwendung des Kommissariats nicht konsequent war; sie führten es selektiv durch. Gesetze wurden dem Kommissariat angepasst und den wichtigsten Institutionen in Kroatien war die Arbeit entweder verboten oder erschwert. Gleichzeitig war es möglich, mit jenen Institutionen zusammenzuarbeiten, die Kroatien mit Ungarn verbanden und sich in Budapest befanden. Es handelt sich um zwei kroatische verfassungsrechtliche Faktoren: der regulatorischen Deputation des kroatischen Parlaments³⁵ und dem kroatischen Minister in der Gemeinsamen Regierung.

³⁴ HR-HDA-833, S. 833, Kt. Nr. 1., Sg. 156, S. 7

³⁵ Die auf der Grundlage der Österreichisch-ungarischen und der kroatisch-ungarischen Vereinbarungen organisierte Staatsverwaltung hatte besondere und gemeinsame Angelegenheiten vorgeschrieben. Auf diese Weise sind die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn sowie zwischen Ungarn und Kroatien geregelt. Gemeinsame Angelegenheiten zwischen Ungarn und Kroatien die gemäß dem Kroatisch-ungarischen Ausgleich vorgeschrieben wurden und dem Gemeinsamen Parlament und der Gemeinsamen Regierung zur Regulierung gestellt wurden bezogen sich auf die Kostenermittlung für den königlichen Hof und die militärische, finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten. Die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheiten fiel in die Zuständigkeit des Gemeinsamen ungarisch-kroatischen Parlaments, das aus dem Magnatenhaus und dem Repräsentantenhaus bestand. Die Königreiche Kroatien und Slawonien hatten in einem Magnatenhaus erst zwei und später drei Mandate, während sie in dem Repräsentantenhaus, welches 453 Mitglieder hatte mit 40 Mitgliedern des kroatischen Parlaments teilgenommen hatten Ihr Mandat dauerte fünf Jahre. Durch die Anerkennung

Die kroatische regulatorische Deputation in Budapest, die auch zum Zeitpunkt des Kommissariats betrieben wurde, wurde zur Zeit des Bans Nikola Tomašić gewählt, demnach in der Versammlung des kroatischen Parlaments von 1910 bis Oktober 1911. Obwohl noch eine andere Wahl folgte, hat sich dieses Parlament nicht getroffen und konnte somit auch nicht die Wahl einer neuen regulatorischen Deputation durchführen. Mit der gleichen Anzahl von Abgeordneten wie die ungarische Deputation, war sie eine der wenigen Institutionen, die dem Dreieinigen Königreich eine staatliche Gleichstellung mit Ungarn sicherte. Der kroatischen Botschaft das Handeln zu ermöglichen bedeutete gleichzeitig, unter der Krone des Hl. Stjepan alle verfassungsmäßigen Regelungen zu befriedigen, um die Staatseinheit der Länder beizubehalten. Aus diesem Grund wurde ihr in Budapest besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Aufgrund der Teilnahme der kroatischen Delegierten blieb das Gemeinsame Parlament in Budapest immer „gemeinsam“. Die Ungarn bestanden auf solchen Beziehungen auch zur Zeit des Kommissariats, was zu einer ungewöhnlichen Situation führte, weil die kroatischen Abgeordneten durch die Parlamentsauflösung ohne Mandatar geblieben sind und damit auch ohne das Vertrauen der Wähler. Jedenfalls wurden die Mandate im gemeinsamen Parlament einfach verlängert.

Sicherlich waren die Mitglieder der kroatischen Delegation aus der Partei des Nationalen Fortschritts im Vorteil. Sie waren in Budapest, wo ihnen die ganze politische Infrastruktur zur Verfügung stand, und es gab nur eine Aufgabe für sie: die Aktivitäten der oppositionellen Delegation zu reduzieren. Tomašićs Teil der Delegation hat sich nämlich in einem Moment in zwei Gruppen geteilt: eine außerparteiliche, die den Ban Tomašić unterstützte und meinte, mit den Ungarn sehr wachsam sein zu müssen, und eine andere, welche aus Mitgliedern des unabhängigen zentralen Klubs bestand, die die Unterstützung des Bans minderte und einen energischeren Rückzug forderte.³⁶ Aus diesen Gründen hat sich die ungarische Führung auf Tomašić verlassen und keine Einwände gegen die Arbeit der kroatischen Delegation gehabt, denn warum sollte man nicht zumindest einen konstitutionellen Faktor wirksam lassen, insbesondere, wenn man ihn kontrollieren kann.

des Österreichisch-ungarischen Ausgleichs hat das Dreieinige Königreich auch die gemeinsame Aktivitäten zwischen Österreich und Ungarn anerkannt, die dann dementsprechend das Recht hatten in den Delegationen welche der Herrscher jedes Jahr abwechselnd in Wien und Budapest einberufen hatte teil zu nehmen. Die Delegationen hatten 120 Abgeordnete, welche vom Reichsrat (60) und dem Ungarisch-kroatischem Parlament (60) gewählt wurden. Kroatien nahm an der ungarischen Delegation mit fünf Mitgliedern (vier Abgeordneten und einem Mitglied der Delegation) teil. Siehe: Ivan Beuc, *Povijest institucija državne vlasti u Hrvatskoj (1527.-1945.)*, Zagreb 1969, S.169-180.

³⁶ M. Kolar-Dimitrijević, *Povjesničar dr. Ferdo Šišić kao saborski zastupnik 1908.-1911. godine*, S. 429.

Über die königliche Deputation, ihrer rechtlichen Stellung und dem politischen Einfluss wurde sofort nach Abschaffung des Kommissariats nachgedacht. So wird der Vertreter der Rechtspartei von Starčević bereits auf der ersten Verfassungssitzung des kroatischen Parlaments im Dezember 1913 den Gedanken aussprechen: „Ich muss mich im Namen des kroatischen Volkes gegen die Gültigkeit und die rechtlichen Kräfte für Kroatien jeder Schlussfolgerungen und Gesetze, die in den sogenannten ungarisch-kroatischen Delegationen erstellt wurden, sowie dem gemeinsamen Parlament für die Dauer des Kommissariats in Kroatien abgrenzen, weil ein Staat, der keine Verfassung hat, auch keine Verfassungsvertreter in irgendeinem Verfassungsorgan haben kann. (Beifallrufe: So ist es.)“³⁷

Der zweite kroatische verfassungsrechtliche Faktor, der für die Dauer des Kommissariats für die ungarische Führung ein besonderer Vorteil war, ist der kroatische Minister der Gemeinsamen Regierung.³⁸ In dieser Epoche war Geyza Josipović für diese Aufgabe verantwortlich.³⁹ Zur Zeit der institutio-

³⁷ Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.; sv. I., Zagre, 1914, S. 33.

³⁸ HR-HDA-77, S. 77.

Gemäß dem königlichen Brief vom 28. Januar 1869 wurde beschlossen, dass das königliche Amtsgericht die Aktivität bis zum 31. Januar 1869 aussetzt, und deren Angelegenheiten der Kroatisch-slawnisch-dalmatische Minister in Budapest übernimmt. Seine Pflichten wurden ihm auf der Grundlage von Artikel 44 des Kroatisch-ungarischen Abkommens bestimmt. Er war Vermittler zwischen der kroatischen Regierung und Wien auf der einen und Budapest auf der anderen Seite. Als Minister ohne Geldbeutel war er auch Mitglied des Ministerrats mit dem Recht, die kroatischen Interessen auf dem Ministerratstreffen in Budapest zu vertreten, aber da er dem Gemeinsamen ungarisch-kroatischen Parlament verantwortlich war, in dem die Ungarn die Mehrheit hatten, handelte er häufiger in Ungarische Interessen. Dementsprechend wurden zum kroatischen Minister Unterstützer der Allianz mit Ungarn gewählt. Zu seinen Aktivitäten gehörten Betreffe über die kroatische Autonomie (innere Angelegenheiten, Bildung, Justiz und Wirtschaft). Der Kroatisch-slawnische-dalmatischer Minister in Budapest arbeitete bis zum 29. Oktober 1918, als das kroatische Parlament eine Entscheidung über die Aussetzung aller staatsrechtlichen Bindungen getroffen hat. Damit wurde die Kroatisch-ungarische Vereinbarung für ungültig erklärt, und alle ihre anschließenden Revisionen und Ergänzungen, wodurch auch die Tätigkeiten des Kroatisch-slawnischen-Dalmatischen Minister in Budapest aufhörten. Siehe: HR-HDA-77, Historijski podaci o tvorcu fonda; I. Beuc, Povijest institucija državne vlasti u Hrvatskoj (1527.-1945.), S. 175.

³⁹ Geyza Josipovic (31. Januar 1857. bis 20. May 1934) Der Sohn von Imbro (Mirko) Josipović und Enkel von Antun Danijel Josipović, einer der Gründer der Unionisten Partei. Absolvent der Juristischen Fakultät der Universität Budapest. Er nahm an der Besetzung von Bosnien und Herzegowina teil. 1887 wurde er Mitglied des kroatischen Parlaments. In seinen zwei Amtszeiten war er als kroatischer Minister in der Gemeinsamen Regierung tätig. Zum ersten Mal seit dem 23. 4. 1906. Bis zum 17. 1. 1910 und zum zweiten Mal vom 22. 4. 1912 bis zum 10. 6. 1913. Nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-ungarischen Monarchie blieb in Ungarn leben; Državni arhiv u Zagrebu (DAZG - Staatsarchiv in Zagreb), Josipović Imbro, Fond 841 (HR-DAZG-841), Historijat stvaratelja fonda.

nellen Krise und der „gebrochenen Beziehungen“ zwischen Ungarn und Kroatien wurde seine Rolle wahrgenommen. Mit ihm beriet sich der ungarische Ministerpräsident Laszlo Lukacs bezüglich der Lösungen kroatischer Gelegenheiten. Es war ein Zeichen großer Zuversicht, aber auch Überzeugung von seiner politischen Orientierung. Für die Beratung von Josipovic in Budapest haben viele kroatische Politiker Vorschläge zur Krisenbewältigung unterbreitet, und er sollte abschätzen, welche Einstellungen gut genug sind, um die ungarische Staatsführung mit seinen Inhalten bekannt zu machen.⁴⁰

Obwohl er kroatischer Minister in der Gemeinsamen Regierung war, bewies Josipovic, dass er in erster Linie ein Verbringer ungarischer Interessen war. Deshalb wird die rechtliche *Hrvatska* über ihn schreiben: „Die Tradition der Familie Josipovic seit 1848 ist rein hungarofilisch, und es ist kein Wunder, dass auch der heutige Minister versucht, die Kroaten den Ungarn näher zu bringen. Aber Herr Minister hat einen Fehler gemacht, denn er ist nicht in Kroatien geblieben, woher seine Vorfahren kamen, weil er sich nicht näher mit diesem kroatischen Volk, aus dem er entstanden ist, beschäftigt hat. Er ist nämlich nach Ungarn gezogen, kaufte dort ein Grundstück und verlor jeglichen Bezug zu seinen alten Turopoljern. Würde er auf das alte Turovo-Feld steigen, so würde er sehen, wie viel sich in dieser edlen Bevölkerung seit 1845 verändert hat.“⁴¹

Josipovic bestätigt sein Engagement für ungarische Interessen durch öffentliche Angelegenheiten. Sein kroatisches Vorzeichen ist nur eine willkommene Form und Voraussetzung für die Wahl zum Minister der Gemeinsamen Regierung.⁴² Über dem Trialismus sagte er, dass „diese kroatische Träumerei den Kroaten nur Enttäuschung bringen kann“. Deshalb hat er kroatischen Politikern die bedingungslose Annahme der Idee des ungarischen Staates vorgeschlagen. Seiner Meinung nach ist es der einzige Weg zur Lösung des Kommissariats. Josipovićs Beobachtungen sind suggestiv und unangemessen. Oft werden die Befugnisse des kroatischen Ministers in der Gemeinsamen Regierung überquert.

Im Februar 1913 begann die ungarische Regierung mit Unterstützung von Josipovic mit der Abschaffung des Kommissariats. Damals betonte Ministerpräsident László Lukács, dass die Krise aufgrund der ungünstigen internationalen Beziehungen und der Akzeptanz der Wahlreform in Ungarn zu diesem

⁴⁰ HR-HAD-833, S. 833, Nr. 158, 10. 12. 1913.

⁴¹ Ideal ministra Josipovića, *Hrvatska*, Nr. 364 (21. Januar 1913), S. 1

⁴² Mira Kolar, Što se dogodilo s plemstvom u Hrvatskoj i Slavoniji, in: Zbornik radova – Izabrane teme iz hrvatske povijesti, Zagreb 2007. Prof. Kolar weist darauf hin, dass der Politik der Hungarisation Kroatiens eine besondere Stütze durch die kroatischen Edler aus dem ungarischen Turopolje oder Slawonien gegeben wurde. (Josipović, Bedeković, Cseh, Pejačević).

Zeitpunkt nicht gelöst werden kann. Erst nachdem diese Bedingungen erfüllt waren, waren sie bereit, Vorschläge für die Lösung der Krise zu machen, jedoch unter der Bedingung, dass die kroatische Seite die Garantie der Arbeitsfähigkeit des Parlaments übernimmt. Dies würde die notwendigen Voraussetzungen für die Abschaffung der außerordentlichen Maßnahmen, den Austritt des Königlichen Kommissars und die Ernennung des kroatischen Bans schaffen.⁴³

Seit Mai 1913 finden in Budapest regelmäßig Treffen mit den kroatischen Politikern statt. Es fällt auf, dass die ungarische Regierung noch nicht bereit war, mit Politikern und Parteien außerhalb des Unionisten-Kreises zu verhandeln. So hatte sich Lukacs auf der Konferenz Ende Mai des gleichen Jahres sehr für die Situation in der Partei des nationalen Fortschritts interessiert. Über die Pläne der ungarischen Obergewalt spricht auch die Struktur der Teilnehmer. Auf kroatischer Seite waren die bisherigen Träger der Unionspolitik in Kroatien, die ehemaligen Bans Nikola Tomašić und Teodor Pejačević, anwesend. Sie sollten die politische Bedeutung und die aktuelle Stärke vom Unionismus in Kroatien einschätzen. Es ist bezeichnend, dass der Ministerpräsident besonders über die Ansichten serbischer Politiker informiert hat. An der Konferenz beteiligte sich auch der Handelsminister Beöthy, was auf die mögliche Diskussion über den Wechsel der Eisenbahnpragmatik hindeutet. Ihre Lösung war ein Imperativ. Es ist verständlich, dass die Lösung des Konflikts an dem Punkt beginnt, an dem der Konflikt begann. Es ist nicht verwunderlich, dass das ehemalige kroatische Ban Khuen-Héderváry auf der ungarischen Seite präsent war. Er hatte den Ruf eines ausgezeichneten Kenners der kroatischen Politik. Dies machte ihn zum Sonderberater für kroatische Fragen.⁴⁴ Seine Anwesenheit war auch logisch, denn in diesem Moment hatte er als Präsident der Volkspartei der Arbeit gedient, der Partei, in der auch der derzeitige Ministerpräsident László Lukács war. Obwohl er bereits zehn Jahre nicht in Kroatien war, war Khuen auch weiterhin daran interessiert, die aktuellen Situationen zu lösen. Schließlich hat er für den Ban seinen Freund Nikola Tomašić eingesetzt, und als die Zusammenarbeit mit der kroatisch-serbischen Koalition zerbrach, schlug gerade er die Etablierung eines Kommissariats vor. Auch nach dem zweijährigen Kommissariat hat er seine Meinung nicht geändert. Er verhinderte mögliche Ergebnisse, an denen die Koalition beteiligt war.⁴⁵

⁴³ K položaju, *Hrvatska*, Nr. 393 (24. 2. 1913), S. 1

⁴⁴ *Narodne novine*, Nr. 119 (27. 5. 1913), S. 1.

⁴⁵ HDA, Zemaljska vlada. Odjel za unutarnje poslove, Fond 79 (HR-HDA-79), Kt. 40., Hist. Nr. 27/208., 25. 3. 1913.

Der Einfluss von István Tisza und Ivan Skerlec auf die kroatische Politik

Anfang Juni 1913 wurde der ungarische Ministerpräsident Graf István Tisza, der Sohn von Kálmán Tisza, dem energischen ungarischen Ministerpräsident, der im Jahre 1883 dem Baner-Kroatien den ersten Kommissariat aufgedrängt hat, und danach den Grafen Khuen-Hedervary zur „Beruhigung“ Kroatiens gesandt hatte.⁴⁶ Dies war seine zweite Berufung zur gleichen Pflicht. Bereits für die erste Amtszeit von 1903 bis 1905 zeigte er außergewöhnliche politische Fähigkeiten und wurde so zu einem führenden Politiker, nicht nur auf der Ebene Ungarns, sondern auch in der gesamten Monarchie. Im Konflikt wegen den Unabhängigkeitsfragen der ungarischen Armee trat er an die Seite der Dynastie.⁴⁷ Er gewann das Vertrauen der Dynastie in militärische Anforderungen, der wichtigsten Frage der Loyalität gegenüber der Monarchie. Es war der Wendepunkt seiner politischen Karriere. Er handelte in Übereinstimmung mit der Politik der dualistischen Kreise in Bezug auf Franz Josef. Sie werden ihn unterstützen, auch wenn sein Vorgänger, Franz Ferdinand, seine Politik ablehnt. Sogar Franz Josef wird ihm 1913 zum zweiten Mal die Zusammensetzung der Regierung anvertrauen. Von ihm wurde nochmals die Annahme des Militärreformgesetzes, die Beruhigung der Opposition und deren separatistischen Forderungen basierend auf den Anforderungen von 1848 erwartet. Er schaffte es, die militärische Reform durchzusetzen. Später stellte sich heraus, dass er damit die Verteidigungsfähigkeit der Monarchie zur Teilnahme am Krieg gesichert hat. Die Dynastie wiederum gestattete ihm die Macht über das Volk und unterstützte die Absicht, dass den ungarischen Massen das allgemeine Wahlrecht verhindert wird. Der Gedanke: „Unsere Bürger nicht-ungarischer Sprache müssen sich in erster Linie mit der Tatsache abfinden, dass sie zur Gemeinschaft eines nationalen Staates gehören, eines Staates, der kein Konglomerat von verschiedenen Stämmen ist“ beweist seine Absichten.⁴⁸

Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass Kroatien in den Beziehungen zwischen den Dynastien und Ungarn oft ein Mittel darstellte, mit dem die Ungarn je nach aktuellen Umständen entweder bedroht oder ermutigt wur-

⁴⁶ Khuen herrschte in Kroatien 20 Jahre lang. Danach war er zweimal Ministerpräsident gewesen. Zurzeit von Tizas Nominierung war er als Präsident der Regierungspartei *Narodna stranka prava* angestellt. Er proklamiertedas zweite kroatische Kommissariat, dessen Lösung für Tisza Priorität war. Über die Volksbewegung im Jahr 1883 und die Ankunft Khuen in Kroatien siehe: Jaroslav Šidak, Mirjana Gross, Igor Karaman, Dragovan Šepić, *Povijest hrvatskog naroda g.1860.-1914.*, Zagreb 1968, S. 119-125.

⁴⁷ Alan John Percival Taylor, *Habsburška Monarhija, 1809.-1918.*, Zagreb 1990, S. 291.

⁴⁸ *ibd.*, S. 275.

den. Auch im Jahr 1913 waren die Bedingungen ähnlich, sodass letztendlich Kroatien trotz des Widerstandes des Erzherzogs Franz Ferdinand den Ungarn überlassen wird.

In der Geschichtsschreibung werden oft die Unterschiede zwischen dem Kaiser und seinem Nachfolger im Zusammenhang mit der Reform der Monarchie aufgegliedert. Insbesondere waren sie in Bezug auf die zukünftige Position Ungarns nicht in Übereinstimmung. Franz Josef lehnte die Änderungsversuche des österreichisch-ungarischen Ausgleiches ab, sowohl von der ungarischen Opposition, als auch den österreichischen Militärkreisen, die das Abkommen als Konzession der ungarischen Aristokratie und seinen langfristigen Einsatz als ständige Wertminderung der Dynastie betrachtet haben. Sie beurteilten, dass die wesentliche staatliche Struktur, formuliert durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich aus dem Jahr 1867, auch die Kampfbereitschaft beeinflusst hat. Das heißt, dass durch die finanziellen Abgeltungen, die alle zehn Jahre erneuert wurden, Krisensituationen erschaffen wurden, welche die ungarische politische Führung geschickt nutzte, indem sie jedes Mal mehr forderte. Obwohl der Präsident der ungarischen Regierung, István Tisza, einen solchen politischen Rahmen antrat, nahm er ihn dennoch während seines Mandats an und führte ihn konsequent durch. Nur die politische Methodik unterschied sich von seinen Vorgängern. Der Erwerb politischer Reputation wurde genutzt, um die nationalen Interessen Ungarns zu fördern. Die Oppositionskritik über die Abspannung in Bezug auf die Kroaten und Rumänen war unbegründet, weil Tisza ein so realistischer Politiker war, dass er nur deklarativ nachließ, um in seiner Regierung ein Eindruck von Demokratie zu schaffen. Seine politischen Ziele wurden mit ungarischen Interessen abgestimmt, auch dann, wenn er dafür kritisiert wurde. Diese Attribute werden besonders während des zweiten Mandats von 1913 bis 1917 ans Licht kommen.

Zur Zeit der Regierungsübernahme beherrschte Tisza die politische Szene Ungarns vollkommen. Seine Volkspartei der Arbeit, der Nachfolger der Liberalen Partei, wurde auch unter den neuen Umständen aus den Reihen der Großbourgeoisie und der Grundbesitzer zusammengesetzt.⁴⁹ Gerade diese Fraktion hatte die Mehrheit im ungarischen Parlament, was ihr ermöglichte, über die Forderungen oppositionsgerichteter Vertreter anderer Nationen hinweg zu treten.⁵⁰

Als erfahrener Politiker war er in der Lage, sich den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen. Geschickt entfernte er die möglichen Eingriffe der

⁴⁹ László Kontler, *Povijest Mađarske – Tisuću godina u Srednjoj Europi*, Zagreb 2007, S. 304.

⁵⁰ Pierre Renouvin, *Europska kriza i Prvi svjetski rat*, Zagreb 1965, S. 243.

politischen und militärischen Wienerkreise in Staatsangelegenheiten, welche die ungarische Andersartigkeit innerhalb der Monarchie geschützt hat. Unter ihnen nahm Kroatien einen wichtigen Platz ein. Gerade von Tiszians Beurteilung wird die Orientierung der kroatischen Politik während der letzten Zeit der österreichisch-ungarischen Staatsunion abhängen. Er wird ihre Führung wählen, vom Kommissar – nach dem Ban und den Regierungsmitgliedern, bis hin zur politischen Partei, die ihm Unterstützung bei der Verwaltung des Dreifaltigen Königreiches sichern wird. Bei der Auswahl seiner Vertrauten für Kroatien handelte er nach gleicher Art und Weise wie sein Vater, als er Khuen-Hedervary nach Kroatien geschickt hat. Auch er hat eine Person gewählt, die mit Kroatien verbunden ist, aber in Übereinstimmung mit seiner Erziehung, Familientraditionen, sozialen und politischen Beziehungen sowie bisherigen Pflichten, eine Garantie in der Durchsetzung der ungarischen Politik darstellte. Das war Ivan Skerlec,⁵¹ ein *Beamter* ohne vorherige politische Erfahrung. Die Loyalität gegenüber der ungarischen Regierung sowie seine kroatische Herkunft waren seine wichtigsten Qualifikationen. Zuvor hatten sich die Skerlecs in dem Maße in die ungarische Gesellschaft integriert, dass keine Furcht existierte, dass Iván Skerlec den ungarischen politischen und wirtschaftlichen Interessen seine kroatischen Wurzeln überordnen würde. Er war kein Schöpfer politischer Prozesse, sondern ein treuer Beamter und Verbringer des Willens vom ungarischen Ministerpräsidenten István Tisza. Durch seine Ernennung bestätigte die ungarische Politik erneut den Einfluss im translatinischen Teil der Monarchie.

Skerlec hat auf diese Weise bestehende Beziehungen geerbt, an ihnen teilgenommen, und bestimmte Probleme auch gelöst. Zur Zeit seiner Verwaltung hat sich die politische Situation endlich stabilisiert. Darin hatte auch er

⁵¹ Ivan Skerlec stammte aus der altkroatischen Adelsfamilie aus Turopolje. Geboren am 30. Juli 1873 in Oroszló, Komitat Baranya. Im August 1885 wurde sein Vater Dragutin, der zuvor im Dienst als Katasterdirektors in Pecs stand, zum Finanzdirektor für Kroatien und Slawonien ernannt. So kam der zwölfjährige Ivan in Zagreb an. Dort beendete er drei Gymnasialklassen. Die verbleibende Ausbildung und Reifeprüfung endete in Kalocai und er studierte Rechtswissenschaften in Pécs und Budapest, wo er zum Doktor der Rechte befördert wurde. Nach Abschluss seines Studiums im Jahr 1896 begann er als Rechtsreferendar im öffentlichen Dienst des kroatischen Ministeriums in Budapest zu arbeiten. Auf Einladung des ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Szella wird er Sekretär im Präsidium der ungarischen Regierung, wo er als Leiter des Präsidialamts und als Sekretär des Ministerrates fungierte. Ministerberater wird er 1911. Die Beförderung im Dienst wurde auch durch zahlreiche Auszeichnungen bestätigt. So erhielt er 1903 das Komturordenskreuz aus dem Orden von Franz Joseph I. und 1912 auch das Leopold-Kreuz. Zum Zeitpunkt der Dienstanahme als Königsvertrauter für Kroatien und Slawonien waren 42 Jahre alt. Siehe: DAZG, Obitelj Škrlec, Fond 832 HR-DAZG-832, Historijat stvarateljja fonda; Antun Cuvaj, Nikola pl. Skerlec – Lomnički, Rodoslovlje turopoljske plemićke porodice Skerlec, Zagreb 1913, S. 3-12; Promjene u Hrvatskoj, *Narodne novine*, Nr. 167 (22. 7. 1913), S. 1.

Anteil, weil er die politischen Beziehungen an die Wünschen der ungarischen Führung angeglichen hat. Er war der letzte kroatische Ban, der direkte Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Unionisten hatte. Persönlich hat er die Entfernung der letzten unionistischen Partei – der Partei des Nationalen Fortschritts – aus der kroatischen politischen Szene durchgeführt. Ihren Ersatz fand er in der kroatisch-serbischen Koalition. Mit ihr traf er 1913 ein Abkommen und behielt die Macht bis Juni 1917.

In Bezug auf die Pflicht und die Würde des kroatischen Bans kann die erwähnte Ernennung „Schritt zurück“ anerkannt werden. In der Geschichtsschreibung ist bekannt, dass seit dem Abschluss der kroatisch-ungarischen Regelung die Position des kroatischen Bans systematisch geschwächt wird. Bereits 1870 schrieb Franjo Rački, dass die politische Bedeutung und der Einfluss des kroatischen Bans durch den kroatisch-ungarischen Ausgleich vollständig „begraben“ worden ist.⁵² In welchem Maße die Banische Regierung durch die ungarischen „Angriffen“ ständig geschwächt wurde, kann man anhand eines Vergleichs der Aussagen Skerleczs mit den Überlegungen von Niko Tomšić verstehen. Er hat 1910 in seiner Programmrede betont, dass es „ganz selbstverständlich ist, dass der ungarische Ministerpräsident auf dem ungarischen Standpunkt steht,“ und dementsprechend auch der kroatische Ban „auf dem kroatischen Standpunkt stehen soll“, im Gegensatz zu Ivan Skerlecz, der nach der Übernahme des Ban-Postens die Behauptung aufstellte, der Exponent des ungarischen Ministerpräsidenten zu sein.⁵³ Am Beispiel dieser Aussagen von zwei kroatischen Bans, welche im Abstand von nur drei Jahren ausgesprochen wurden, kann man erkennen, wie sehr die Würde und Pflicht des kroatischen Bans zunehmend abgewertet wurde und wie ihre Verpflichtungen gegenüber dem ungarischen Ministerpräsident bis 1918 immer höher als die Verantwortung gegenüber dem kroatischen Parlament waren .

Die aktuellen politischen Prozesse und Ankündigungen zukünftiger Ereignisse deuteten auf einen politischen und sozialen Durchbruch hin. Unter solchen Umständen war der ungarischen Führung von Interesse, die kroatischen Angelegenheiten auch wegen den Beziehungen zur Dynastie zu bearbeiten. In Vorbereitung auf die Abrechnung mit Österreich, vor allem im Fall des Kommens von Franz Ferdinand auf dem Thron, sicherte der ungarische Ministerpräsident Tisza durch geschickte Personallösungen an der Spitze der kroatischen Politik den Südflügel der ungarischen Politik. Er machte das in Übereinstimmung mit der Erwägung der Ereignisse, die sich in der Nähe der südöstlichen Grenzen der Monarchie abspielten und der Tatsache, dass

⁵² Vasilije Krestić, *Hrvatsko-ugarska nagodba 1868. godine*, Belgrad 1969, S. 321.

⁵³ *Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.*; sv. I., Zagreb, 1914, S. 68-69; *Bilanza pakta, Hrvatska*, Nr. 654 (10. 1. 1914), S. 1.

mit ihrem „Überlaufen“ die Sicherheit nicht gefährdet wird. Die Ergebnisse der Balkankriege veranlassten ihn zur Annahme, dass die österreichisch-ungarische Monarchie ihren Einfluss im Bereich ihres Interesses verloren hat. Während des zweiten Gelangens von Tisza an die Macht, welcher unmittelbar vor dem Zweiten Balkankrieg aufgetreten ist,⁵⁴ verlangte der Stabschef der österreichisch-ungarischen Armee, Conrad von Hötzendorf, den Krieg mit Serbien. Solche Pläne hatten natürlich auch Auswirkungen auf die Politik der neuen ungarischen Regierung.

Unter diesen Umständen vertrat István Tisza Mitte Juni 1913 die neue Regierung. Vor den Vertretern des Gemeinsamen ungarisch-kroatischen Parlaments tritt er als Staatsmann auf, der sich um das Allgemeinwohl der Monarchie kümmert. Mit dem Hinweis auf die außenpolitischen Umstände schlug er vor, alle umstrittenen Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich sowie zwischen Kroatien und Ungarn zu regeln. Damit lenkte er die Aufmerksamkeit auf die wichtige geopolitische Lage des Dreieinigen Königreichs, sodass auch die ungarische Führung schließlich zugegeben hat, dass die kroatische Frage doch einen breiteren außenpolitischen Charakter hat.⁵⁵

Die Lösungen mit der unionistischen Partei des nationalen Fortschrittes

István Tisza war der dritte ungarische Ministerpräsident, für dessen Mandat das Kommissariat zuständig war. Wie bereits seine Vorgänger, hat auch er dessen Zweck nicht bestritten. Im Vergleich zu Laszlo Lukacs, der sich öffentlich für den Wechsel der Eisenbahn-Pragmatik einsetzte, erwähnt er sie zu Beginn seines Mandates überhaupt nicht. Der einzige Unterschied zu seinen Vorgängern waren die neuen außenpolitischen Umstände, die er berücksichtigte.⁵⁶

Er hat nichts versprochen, erwähnte weder die Anpassung der Eisenbahn-Pragmatik, noch die Abschaffung zahlreicher Siedlungsdelikte. Im Gegenteil, er kündigte die Beibehaltung des Kommissariats an, solange es nur nötig sei. Besonders wichtig ist der Teil, in dem er sagt: „Ich werde nicht erforschen, aufgrund wessen fatalen politischen Fehlers die unionistische Politik, die in der Vergangenheit gute Ergebnisse gezeigt hatte, sich mit solch großen

⁵⁴ Der Zweite Balkankrieg (29. Juni 1913 - 10. August 1913) wurde zwischen Bulgarien und der Allianz Griechenlands und Serbiens geführt, denen Montenegro, Rumänien und die Türkei beitraten.

⁵⁵ Iz govora grofa Tisze, *Hrvatska*, Nr. 483 (14. 6. 1913), S. 1.

⁵⁶ *ibd.*, S. 1.

Schwierigkeiten konfrontiert sah⁵⁷ Durch die Analyse seiner Antrittsrede ist uns klar, dass die Abschaffung des Kommissars von der benötigten Zeit zur Wiederherstellung der Partei oder eine neue, die nach Anweisungen der ungarischen Regierung arbeiten wird, zu finden, abhängig war. Deshalb sagte er auch, dass das Kommissariat so lange wie nötig bestehen würde. Umso mehr, die Betonung der Fehler, die zum Zusammenbruch des ungarischen Unionismus führten, stellt einen Vorwurf der ungarischen Koalitionsregierung unter Ferenc Kossuth dar.⁵⁸ Tisza war überzeugt davon, dass es den Zusammenbruch der damaligen Liberalen Partei verursacht hatte.⁵⁹ Obwohl sie unter einem neuen Namen handeln wird – als Nationale Arbeitspartei –, benötigte sie Zeit für eine gründliche Reorganisation, sodass man Tizas Regierungsübernahme nach Khuen und Lukacs als die endgültige Bestätigung ihrer unumstrittenen Führung auf der ungarischen politischen Szene betrachten kann.

Aus Tizas Vorwurf gegenüber der Politik der ungarischen Koalitionsregierung lassen sich gewisse Schlüsse ziehen. Wenn ihre Politik unbedacht war, dann war das Verhältnis zu Kroatien, insbesondere das Bündnis mit der kroatisch-serbischen Koalition, ebenfalls ein politischer Fehler. So konnte auch seine Andeutung der Rückkehr von alten Leuten und der alten Politik auf Kroatien angewendet werden, durch den Hinweis auf die alte Allianz mit den Personen der ehemaligen Volkspartei. Sie waren in den neuen Gegebenheiten in der Partei des nationalen Fortschritts organisiert, wobei ihr politischer Einfluss aus der Tatsache stammte, dass sie Teil der kroatischen Regnikolar-Deputationen waren, zu einem Zeitpunkt, als in Kroatien politische Tätigkeiten verboten waren. Die Informationen standen ihnen aufgrund ihres Aufenthalts in Budapest und ihrer ständigen Kontakte mit der politischen Elite Ungarns zur Verfügung. Diese Vorteile wollte Tomašićs Gruppe nicht versäumen. Seit Anfang des Jahres 1913 organisieren sie häufige Sitzungen in Budapest und arbeiten mit Minister Lukács zusammen. Es ist klar, dass sie trotz des Kommissariats die Parteipolitik permanent auf die aktuellen Umstände abstimmten. Die Inhalte wurden von Nikola Tomašić bestimmt.

⁵⁷ Tisza o Hrvatskoj, *Hrvatski pokret*, Nr. 134 (13. 6. 1913), S. 1.

⁵⁸ Ferenc Kossuth (16. November 1841, Budapest - 25. Mai 1914, Lipótváros), Politiker und Abgeordneter im Parlament. Der älteste Sohn von Lajos Kossuth. Nach der Revolution im Jahr 1848 war mit seinem Vater in der Emigration. Er hat eine hohe technische Ausbildung an den Universitäten in Paris und London erhalten. Er kehrte 1894 nach Ungarn zurück. Im nächsten Jahr wurde er zum Vertreter des Bezirks Topolac gewählt.

⁵⁹ Die Liberale Partei wurde 1905 in Volkspartei der Arbeit umbenannt. Die Politische Aktivität der ersten markierte Kálmán Tisza, der ungarische Ministerpräsident der ab 1875. bis 1890. Während nach der Umbenennung zu Parteiführern sein Sohn István Tisza und Khuen-Héderváry wurden.

Dementsprechend hat der neue ungarische Außenminister, István Tisza, versprochen, dass er nichts ohne Absprache mit ihnen unternehmen würde.⁶⁰ Deshalb hatten sie die Gelegenheit, an der Präsentation der neuen Regierung teilzunehmen und sich das Programm des neuen Ministerpräsidenten zuzuhören. In diesem konnten sie den Hinweis auf die Lösung der kroatischen Krise mit ihrer Hilfe erkennen. Wie Lukacs hat auch Tisza ihre Konferenzen in Budapest unterstützt. Auf einer war er auch persönlich anwesend und nahm den Antrag, dass der Kandidat für den kroatischen Minister unter den Mitgliedern der kroatischen Regnikolar-Deputation von der Partei des Nationalen Fortschritts ausgewählt wird, an. Dieses Versprechen erfüllte er durch die Benennung von Theodore Pejačević.⁶¹

Bis zur gesetzlichen Frist für die Verlängerung des Finanzausgleichs blieb wenig Zeit, und für die Erfüllung dieser Bedingung wurde ein gewähltes kroatisches Parlament benötigt. Es war der letzte Moment für konkrete Lösungen. Tomašić und Pejačevićs Unionisten sollten vor der kroatischen Öffentlichkeit politische Zugeständnisse, wie die Abschaffung der Eisenbahn-Pragmatik, Erlaubnisse für die forstwirtschaftlichen Prüfungen in kroatischer Sprache und die Umsetzung des Gesetzes der Ortsterminologie nutzen. Der Tatsache über die Notwendigkeit von Anpassung der Pragmatik bewusst, versuchte die ungarische Führung den größtmöglichen Nutzen aus ihrem Wandel zu ziehen. Da sie in dieser Zeit planten, die Krise mit der Partei des Nationalen Fortschritts zu lösen, schlugen sie Tomašić vor, diese Änderungen zu fordern,

⁶⁰ Iso Kršnjavi, *Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike*, knjiga druga, Zagreb, 198., S. 702.

⁶¹ HR-HDA-77, Präsidium, Kt. 43, Sg. Akten-Nr. 312, 253/1913, 29. 7. 1913.

Teodor Pejačević wurde am 24. September 1855 in Našice geboren. Er war der einzige Sohn von Ladislav Pejačević, dem kroatischen Ban, der Ivan Mažuranić nachfolgte. L. Pejačević hat als überzeugender Ungar seine politischen Überzeugungen auch an seinen Sohn weitergegeben. Er hat eine Gymnasialausbildung in Budapest gemacht. Er studierte Rechtswissenschaften in Bonn und Budapest und erwarb den Titel eines Doktors der Rechte. Nach seinem Abschluss trat er den öffentlichen Dienst zu auf Stelle des Bezirksadjunkten in Osijek, und danach wurde er Beamter in der Landregierung in Zagreb. In den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts wurde er zweimal zum Abgeordneten des kroatischen Parlaments gewählt. Nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1901 leitete er den Großgrundbesitz in Našice und das Grundbesitz Zomba im Bezirk Tolnaj. Bei den Wahlen 1901 wurde er auf der Liste der Volkspartei zum Abgeordneten von Našice im Kroatischen Parlament gewählt. Seitdem war er bei allen Parlamentswahlen bis zur Wahl des kroatischen Ministers, zum Abgeordneten des Bezirks Našice gewählt. In der gleichen Zeit war er Präsident des Klubs der kroatischen Vertreter im Gemeinsamen Parlament in Budapest. Für den Bezirkspräfekten von Virovitica wurde er 1866 gewählt. In diesem Dienst war er 15 Jahre. Kroatischer Ban war er von 1903 bis 1907, also auch während der Herrschaft der Kroatisch-serbischen Koalition. Ihre Zusammenarbeit war korrekt, aber wegen Tomašićs Einfluss trennte er sich von Koalition und zusammen mit Tomašić wurde er Gründer der Partei des Nationalen Fortschritts.

um auf diese Art den Eindruck zu erwecken, dass die Unionisten eine solch große politische Konzession für Kroatien erwirkt haben.⁶²

Tomašićs außergewöhnliche politische Fähigkeiten erkannten auch seine politischen Gegner. Diese Eigenschaft hat er bei den erwähnten Treffen, wie auch durch Kommunikationen mit den führenden ungarischen Politikern gezeigt. Er war sich der Schwäche des Unionismus, seiner Aufteilung in mehrere Fraktionen, die in Bezug auf wichtigere Fragen keine Einheit erreichen konnten, bewusst. Aus diesem Grund schlug er Maßnahmen zur Besserung vor, die die Anziehung von namhafteren Einzelnen sowie ganzen Parteien vorsahen. Dies war jedoch nicht möglich, solange der Pakt zwischen der vereinigten Rechtspartei und der kroatisch-serbischen Koalition bestand. Alles sollte getan werden, um diese Beziehung zu zerrütten. Auf welche Art er versuchte, dies zu tun, erkennt man an folgender Aussage: „Da es sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, dies zu erreichen, solange es einen Pakt zwischen der Rechtspartei und der Koalition gibt, sollte man entweder diesen Pakt oder die Kompaktheit der einen oder anderen Paktseite erschüttern, sodass eine Verwirrung unter den Menschen geschaffen wird. Es ist notwendig, für diesen Zweck einen Grund zu finden – was, wenn man es nur will, nicht schwer ist –, um eine bestimmte Partei zu schwächen. Es gibt immer Schwächlinge, die reinfallen.“⁶³ Tomašićs Vorhersagen begannen bald, sich zu bewahrheiten.

Die politischen Aktivitäten des neuen Kommissars Ivan Skerlecz

Die Ernennung des königlichen Kommissars und des kroatischen Ministers war der Beginn des Prozesses zur Lösung der kroatischen Angelegenheiten. Eine demokratische Lösung der kroatischen Krise bestand darin, das Funktionieren des parlamentarischen Systems sicherzustellen. Die Suche nach der kroatischen politischen Partei, die das Programm der neuen ungarischen Regierung annehmen sollte, war die erste Aufgabe des königlichen Kommissars Ivan Skerlecz. Er war jedoch nicht allein in dieser Angelegenheit, denn auch Tisza war sehr an den Verhandlungen interessiert. In seinem Namen sollte Skerlecz mit den kroatischen Parteien und herausstechenden Persönlichkeiten sprechen, seine Eindrücke vermitteln und mögliche Lösungen vorschlagen. Die Entscheidung konnte nur der Ministerpräsident treffen.

Zu Beginn reagierte die ungarische Führung bereits wie oft zuvor. Die Lösung sah sie durch die Unterstützung von den Unionisten; Mitte 1913 war

⁶² HR-HDA-833, Kt. 2., Sg. Akten-Nr. 158.

⁶³ K političkom položaju u Hrvatskoj, *Hrvatska*, Nr. 368 (25. 1. 1913), S. 1.

es die Partei des nationalen Fortschritts. Sie nahmen die Ernennung von Skerlec und Pejačević mit Begeisterung auf. In dieser Atmosphäre organisierten sie eine Konferenz in Budapest. Anwesend war auch der neu gewählte königliche Kommissar, der die Gelegenheit wahrnahm, sie mit seinem ersten politischen Akt anzuvertrauen, indem er ihrer Partei beitrug. Er betonte, dass seine Politik im Einklang mit ihren Programmgrundsätzen stünde. Die ersten Vorschläge wurden in der Gratulationsatmosphäre präsentiert. Nikola Tomašić schlug dem neuen Kommissar ein Treffen mit Vertretern aller unionistischen Parteien vor.⁶⁴

Skerlec begann nach seiner Ankunft in Kroatien in Übereinstimmung mit den Anweisungen von Tisza und Tomašić zu handeln. Seine Aufgabe war es, sich mit den kroatischen Parteien und exponierten Personen bekannt zu machen, deren Forderungen und Vorschläge anzuhören, herauszufinden, wie sie über seine Aufgaben dachten und welche Erwartungen sie hatten und auf der Grundlage dieser Informationen, der ungarischen Regierung ein Konzept zur Lösung der kroatischen Krise vorzulegen. So haben die kroatischen Parteien nach einem langjährigen Kommissariat die Möglichkeit einer politischen Neuorientierung geschaffen. Da ihre Führer die Vorschläge zur Lösung der Krise auf politischen und ideologischen Prinzipien gründeten, ermöglichte der Verweis auf den Konferenzinhalt mit Ivan Skerlec eine umfassendere historiographische Analyse der damaligen kroatischen Politik. Auf welche Weise sich die kroatischen Parteien auf den Aufruf von Skerlec bezogen haben, erfahren wir aus der Auswertung des *Budapester Tagblatts*: „Einige Parteien kennen das Recht nicht, wie sie sich gegenüber dem neuen königlichen Beauftragten benehmen sollen. In jeder Oppositionspartei gibt es zwei Strömungen: Eine Strömung lehnt a priori jegliche (eventuelle) Beratschlagung mit dem neuen Regierungschef ab, während die andere Strömung berät, dass es nicht gut sei, sich an bloße Formalitäten zu halten. Unterstützer der letzteren Partei (in einzelnen Parteien) neigen zur Meinung, dass man zu dem neuen königlichen Vertrauten in wohlgeneigter Reserve bleiben soll (...) Eine klare Stellung gegenüber dem Regime von Baron Skerlec werden die Parteien allerdings gleich nach der Zusammensetzung der neuen Regierung einnehmen.“⁶⁵

Skerlec akzeptierte Tomašićs Vorschlag und lud nach seiner Ankunft in Zagreb alle Parteien und Einzelpersonen ein, die ihr unionistisches Engagement betonten: die Vertreter der Partei des Nationalen Fortschritts, eine Reihe von sogenannten alten Unionisten, die parteiisch nicht organisiert waren, sowie Mitglieder der sogenannten „Osijek-Gruppe“. Er lud auch Vertreter der kroatisch-serbischen Koalition ein, aber diese weigerten sich teilzunehmen,

⁶⁴ Konferencija hrvatskih unionista u Pešti, *Hrvat*, Nr. 25 (26. 7. 1913), S. 2.

⁶⁵ Položaj u Hrvatskoj, *Narodne novine*, Nr. 170 (25. 7. 1913)

weil das Treffen von Tomašić initiiert wurde. Er und seine Partei waren bei der Machtübernahme Konkurrenten der Koalition, sodass, als er den Inhalt und die Teilnehmer des ersten Koalitions-Führungstreffens von Skerlec vorgeschlagen hat, wurde damit jedes Maß überschritten. Sie weigerten sich zu kommen, mit der Erklärung: „Es ist so widersprüchlich, dass die Initiative für solch eine Konferenz und die Hauptnote von einer Gruppe Politiker gegeben wird, die am meisten für die heutigen Verhältnisse in Kroatien verantwortlich ist.“⁶⁶

Die Konferenz mit den Unionisten fand am 28. Juli 1913 ohne einen Vertreter der Koalition statt. Es war das erste politische Treffen zurzeit des Kommissariats, bei dem über die Situation im Dreieinigem Königreich diskutiert wurde. Tomašić erinnerte an die Aktivitäten der Partei des Nationalen Fortschritts, welche trotz des Kommissariats durch das Institut der kroatischen Regnikolar-Deputation ihre politische Tätigkeit fortsetzte. Nur sie hatten die Gelegenheit, im Namen Kroatiens zu sprechen, weshalb sie die Gespräche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten über die Änderung der Eisenbahnpragmatik, die Umsetzung des Gesetzes der Ortsterminologie und des Gesetzes über die Hinterlegung von Staatsexamen in kroatischer Sprache, dem eigenen politischen Erfolg zuschrieben.⁶⁷ Unter Hinweis auf §46 der kroatisch-ungarischen Regelung versuchte er, die Beschäftigungsfrage der einheimischen Bevölkerung bei den Eisenbahnen in Kroatien anzusprechen. Aus diesem Grund schlug er vor, in Zagreb einen speziellen Eisenbahnkurs einzurichten. Dies wurde jedoch in Ungarn nicht gut angenommen. Sie vertraten die Ansicht, dass auf diese Art die Ungarn in Kroatien von der Eisenbahn ausgegliedert werden würden und Kroatisch die einzige offizielle Sprache in Kroatien und Slawonien werden würde.⁶⁸ Interessant sind auch die Einstellungen des Präsidenten der sogenannten Osijek-Gruppe von Dr. Ante Pinterović,⁶⁹

⁶⁶ Novi kurs – Pismo koalicije kr. Komesaru, *Hrvat*, Nr. 26 (28. 7. 1913), S. 1.

⁶⁷ Ivan Bulić, Savez Hrvatsko-srpske koalicije bana Ivana Skerleca u upravljanju Hrvatskom u vrijeme Prvoga svjetskog rata – značaj i posljedice, in: *Godina 1918. Predhodnice, zbiivanja i posljedice*. Zbornik radova s međunarodnog znanstvenog skupa održanog u Zagrebu 4. i 5. prosinca 2008., Hg. Zlatko Matijević Zagreb, 2010, S. 32; Kr. Komisar barun Škrlec i pitanje uspostave ustava u Hrvatskoj *Srbobran*, Nr. 158 (29. 7. 1913), S.2.

⁶⁸ Za status quo na državnim željeznicama, *Hrvatski pokret*, Nr. 169 (24. 7. 1913), S. 1.

⁶⁹ Der Verein Osijek trennte sich von der kroatisch-serbischen Koalition, als sie mit dem Ban Tomašić auseinander ging. Obwohl sie ihn unterstützten, traten sie der Partei des Nationalen Fortschritts nicht bei. Nach der Wahl im Jahr 1910, als die Wahlergebnisse auf ähnliche Situationen führten sowie nach den Wahlen im Jahr 1908, also eine unmögliche politische Situation wiederholt sich, versammelten sich die Volksabgeordneten aus der Osijek-Gruppe: Dr. Ferdo Šišić, Dr. Dragutin Neumann, Dr. Franjo Papratović, Dr. Ante Pinterović, Dr. Lovro Radičević und Dr. Franjo Zbierzowski und am 23. 11. 1910 traf die Entscheidung, den Unabhängigen Zentral-Parlaments Klub zu gründen, der den Ban Tomašić bei der Ausarbeitung

der den Erfolg der „Skerleczs Mission“ bezweifelte. Er bemängelte seine Mitgliedschaft in der Partei des nationalen Fortschrittes, da für die Krisenlösung seine politische Unabhängigkeit besser gewesen wäre, zumindest solange er die notwendigen Informationen über die vorgefundene Situation gesammelt hätte.⁷⁰

Im Gegensatz zu Tomašić hatte Pavao Rauch keine starke Partei hinter sich. Der ehemalige Ban beruhte auf guten Beziehungen zu österreichischen politischen Machtzentren. Aus diesem Grund ist seine Vorstellung von der politischen und sozialen Situation in Kroatien eine wesentlich andere. Er berücksichtigte die außenpolitischen Prioritäten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Im Gegensatz zu anderen Politikern bedachte er die Lösung der kroatischen Situation im weiteren geopolitischen Kontext. Er erinnerte daher an die Balkankriege und warnte vor ihrem möglichen Einfluss auf politische und soziale Prozesse auch in Kroatien. Für ihn ist: „Unsere innere Situation eine Reaktion auf die äußeren Ereignisse. Auf dem Balkan gab es eine massive Wende, die bis heute noch nicht aufgeklärt ist (...) Es wurden völlig neue Möglichkeiten geschaffen, die auch großes Elend verbergen. Im Südwesten der Monarchie entstand eine Mühsal, das tagtäglich zu größeren Mächten kam; und ebenso droht ein Sturm im Südwesten. Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, dass sich dieses Elend heute oder morgen zu einer großen südlichen Gefahr vereinen wird. Auch ist nicht ausgeschlossen, dass eines Tages der Moment entsteht, in dem wir den ganzen vereinten Balkan gegen uns haben werden; es ist sogar wahrscheinlich, weil die Zeit der großen europäischen Verteidigung einmal kommen muss (...) Die Ungarn müssen selbst danach streben, dass sie ein zufriedenes und brüderliches Kroatien auf ihrer Seite haben, welches mit ihnen im richtigen Moment als unbesiegbare Fels zur Verteidigung der Dynastien und der Heimat stehen wird.“⁷¹ Rauchs Präsentation ging über den Rahmen des vorgegebenen Themas hinaus. Der Schwerpunkt lag nicht auf der Stärkung der Idee des ungarischen Staates, sondern auf dem Wohlergehen Kroatiens und der Sicherheit der Monarchie. Zu diesem Zweck schlägt er vor, die kroatisch-ungarischen Beziehungen zu stabilisieren, denn nur ein zufriedenes Kroatien kann eine Garantie für die Verteidigung der staatlichen Legitimität sein.

des Arbeitsprogramms unterstützen sollte. Später wird sich der Klub durch Dr. F. Benešić, Dr. Lav Mazzura und Dr. Vladimir Turković erweitern. Mit der Zeit haben sie sich wieder der Koalition genährt, so dass es in einigen Momenten aussah als ob sie sich mit ihr wieder verbinden würden; siehe: M. Kolar-Dimitrijević, *Povjesničar dr. Ferdo Šišić kao saborski zastupnik 1908.-1911. godine*, S. 425- 427.

⁷⁰ Komesarska konferencija, *Hrvat*, Nr. 27 (29. 7. 1913), S. 1.

⁷¹ *Obzor*, Nr. 205 (29. 7. 1913), S. 2.

Im Gegensatz zu anderen politischen Parteien, bestand die Kroatisch-serbische Koalition darauf, die einzige Partei zu bleiben, der Budapest zustimmen würde. Das wichtigste war für sie, die Macht mit Nikola Tomašić und seiner Partei des nationalen Fortschritts nicht zu teilen. Auf der anderen Seite stimmten sie auf die Bedingung von Skerlec zu, mit einer Gruppe alter Unionisten zusammenzuarbeiten, möglicherweise aufgrund der Einschätzung, dass sie diese politisch nicht gefährden konnten. Sie waren nicht bilateral organisiert. Erst nach der Verfassung des Parlaments im Dezember 1913 werden sie den Club außerhalb der Parteien gründen. Über die Zusammenarbeit mit den alten Ungarn hat sich Khuen-Héderváry besonders gekümmert. Da er nicht an die „volle Wendung“ der Koalition und ihre bedingungslose Unterstützung aller Wünsche aus Budapest glaubte, brauchte er eine gewisse Garantie. Diese wird er in Zusammenarbeit mit der Koalition und seinen Freunden aus der ehemaligen Volkspartei finden, womit die Koalition noch mehr an ungarischer Vorbedeutung bekommen hat.⁷²

Ivan Skerlec und die Führung der kroatisch-serbischen Koalition begannen nach Skerlecs Erholung von den Folgen des Attentats, welchen im August 1913 Stjepan Dojčić⁷³ an ihm ausgeführt hatte, noch intensiver zu kooperieren. Ob durch Zufall oder nicht, dieses Ereignis lenkt uns zu einer Überlegung über die plötzliche Änderung der Politik von Skerlec in Bezug auf die Eliminierung der Zusammenarbeit mit Tomašićs Unionisten die bedingungslose Annahme der kroatisch-serbischen Koalition. Auch die Zeitgenossen haben diese Änderung bemerkt und sie dem Attentat zugeschrieben. Durch Analysen der Ereignisse, die mit der Ermordung von Skerlec in Zusammenhang stehen, insbesondere die Reaktionen aus der kroatisch-serbischen Koalition, können wir die ganze Schichtung, sowohl der kroatischen

⁷² Mladomadjaroni i grof Khuen, *Hrvatska*, Nr. 650 (5. 1. 1914), S.1.

⁷³ Stjepan Dojčić wurde 1890 in Ludbreg geboren. Er hatte Mahlerausbildung in Zagreb gemacht, nachdem er 1909 in die USA ging. Er wurde in einer Autofabrik in Kenoshi in der Nähe von Chicago angestellt. Dort trat er in das politische Leben der amerikanischen Kroaten ein, indem er an der Arbeit zahlreicher kroatischer Organisationen und Gesellschaften teilnahm. Besonders wichtig war seine Engagement in der größten politischen Organisation der kroatischen Emigranten „Hrvatski savez“ gegründet im Jahr 1912. Dem Stjepan Dojčić hat der Tisch der sieben das Urteil von 16 Jahren harten Gefängnis bestätigt wegen Versuches eines geheimen Mordes. Nach Zusammenbruch der Österreichisch-ungarischen Monarchie, hat die Landesregierung am 30. Oktober 1918 Begnadigung aller Personen die wegen Hochverrat verurteilt worden waren und wegen Straftaten gegen die staatliche Militärmacht oder die Tat eines Verbrechens, das mit den genannten Anschuldigungen verbunden war verkündigt. Das gleiche galt für Stjepan Dojčić. Nach seiner Entlassung wurde ihm gemäß Entscheidung des damaligen Innenminister Svetozar Pribičević 45.000 Kronen ausgezahlt mit der Erklärung, dass er ein „nationales Opfer war“: HR-HDA-78, Kt. 857, 1. 7. 1915 Ivan Čizmić, O atentatu Stjepana Dojčića na komesara Ivana bar. Skerleca 1913., in: *Historijski zbornik XIX-XX*, (1966-1967), Zagreb, S. 333-339.

Angelegenheiten, als auch der politischen Transformationen der Partei, welche sich auf die Machtübernahme in Kroatien vorbereitete, erkennen. Wegen der Glaubwürdigkeit und deren tatsächlicher Beziehung zu dem Attentat, ist es wichtig, über die Aussage vom Vertreter der Koalition, Ivan Ribar, dass Dojčićs Attentat keine Tat „eines enttäuschten Einzelgängers“ war, sondern sein Hintergrund doch geschichtet war, nachzudenken. Er schrieb: „Dojčićs Attentat fand zum richtigen Zeitpunkt als Memento Skerleczs statt.“⁷⁴ Seiner Beziehung zu Dojčićs Attentat Skerlecz kann auch die Notiz von Kršnjavi über die Veranstaltung im Februar 1915 hinzugefügt werden. Nach der Sitzung des Gemeinsamen Parlaments in Budapest haben sich die kroatischen Abgeordneten, wie auch der Ban Skerlecz, zum Mittagessen versammelt. Es gab auch einen orthodoxen Priester in der Gesellschaft, der seinen Trinkspruch an den Ban mit folgenden Worten beendete: „Wir Serben waren bis jetzt mit Skerlecz zufrieden. Doch wird er irgendeine feindselige Geste gegen die Serben unternehmen, soll er wissen, dass er nicht nur eine, sondern beide Hände verlieren wird.“ Der Ban verließ dann demonstrativ das Restaurant. Dass er die Botschaft ernst genommen hat, erkennt man an der Tatsache, dass seitdem seine Sekretäre, Havliček und Jacob, im Banen-Palast in Budapest auch über Nacht blieben.⁷⁵

Dojčićs Attentat auf Ivan Skerlecz wurde auch von Zeitgenossen kritisch zergliedert. Pavao Rauch kam zu dem Beschluss, dass gerade dieses Ereignis die Entscheidung der ungarischen Regierung bezüglich der Partei, welcher sie ein Mandat in Kroatien zugewiesen hatten, beendete oder möglicherweise änderte.⁷⁶

So hat Skerlecz in der Zwischenzeit noch mehr Erfahrungen und Kenntnisse über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen im Dreieinigem Königreich gesammelt. Schon dann hatte er eine deutlichere Beziehung gegenüber den meisten Streitfragen und den Mitteln zu ihrer Lösung. Im Gegensatz zu den ersten informativen Sitzungen, zeigte Skerlecz Anfang Oktober eine größere Entschlossenheit, sodass auch seinen Gesprächspartnern klar war, dass er die Initiative ergreifen will. Während er nach seiner Erscheinung in Kroatien betonte, dass er für seine Politik von den meisten kroatischen Parteien, welche das Abkommen anerkennen, Unterstützung verlangt, änderte er einige Monate später seine Einstellung und betonte, dass sich die kroatische Regierung mit keiner der Parteien identifizieren, sondern über ihnen stehen und ihre eigene unionistische Politik durchführen

⁷⁴ Ivan Ribar, *Iz moje političke suradnje (1901-1963)* Zagreb 1965, S. 112.

⁷⁵ I. Kršnjavi, *Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike*, S. 742.

⁷⁶ *Memoari bana Pavla Raucha*, S. 123-124.

sollte.⁷⁷ Er forderte, dass die Landregierung von den unionistischen Parteien, Teilen der Parteien sowie Einzelpersonen innerhalb und außerhalb der Parteien unterstützt wird. Nach demselben Plan sollte auch die kroatisch-serbische Koalition handeln. Sie sollte sich Skerleczs Anforderungen anpassen, nicht andersherum.

Der Nachweis darüber, dass Skerlecz tatsächlich die Initiative ergriffen hat, liegt in der Tatsache, dass die Organisation der Landesregierung vor dem Vereinbarungsabschluss und der Endabrechnung der kroatischen Frage vorgenommen wurde. Anfang Oktober 1913 wurden Ernennungen zu Abteilungsleitern, Großpräfekten, staatlichen Oberrechtsanwälten und Polizeidirektoren vorgenommen.⁷⁸ Die Analyse der Entscheidungen von Skerlecz bezüglich der Zusammensetzung der Regierung drängt einige Schlussfolgerungen auf. Beispielsweise zeigen die Umgehungen der Ernennungen von Personen aus Tomašićs Kreis, dass Ivan Skerlecz und die ungarische Regierung nicht mehr auf ihn gezählt haben. Sogar der ungarische *Pester Lloyd* betonte, dass die Kandidaten nicht zu Tomašićs Partei des nationalen Fortschrittes gehören.⁷⁹ Es war eine Botschaft auch an die kroatisch-serbische Koalition. Sie hätten sie in den baldigen Verhandlungen „erweichen“ sollen, indem sie darauf hinwiesen, dass die Regierung von Skerlecz auch ohne Abkommen mit ihnen die kroatische Regierung bilden kann.

Skerleczs Rolle bei der Abschaffung der letzten unionistischen Partei

Bedenkt man den Einfluss István Tizas auf die derzeitigen politischen Prozesse, muss man betonen, dass die ungarische Politik dieser Zeit in der Tat ein Mensch staatlichen Formats geführt hat, welcher auch für die kroatische Situation eine unaufdringliche Lösung fand. Komplexe Beziehungen und gegenseitige Intoleranz in der kroatischen politischen Szene waren ihm wohlbekannt. Unter der Annahme, dass der Austausch der führenden Person am Markusplatz zur Lösung der Krise nicht ausreicht – im Gegenteil, es könnte sie gar verstärken – lenkte ihn zur Betrachtung verschiedener Optionen, so

⁷⁷ Osnova za razplet našeg političkog položaja, *Narodne novine*, Nr. 235 (13. 10. 1913), S. 1.

⁷⁸ HR-HDA-77, Präsidium, Kt. 44, Nr. Akte. 425, 28. September 1913; Für große Bürgermeister ernannt wurden: Imbro Hidegthéty für den Landkreis Srijem, Vukasin Milanković für den Landkreis Lika-Krbava, Dragan Trnski für den Kreis von Požega und Vinko Zmajić für den Landkreis Modruš-Rijeka. Der ehemalige große Bürgermeister von Srijem Ivan Adamović wurde zum Bürgermeister vom Landkreis Virovitica ernannt.

⁷⁹ I. Kršnjavi, *Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike*, S. 697.

auch der Herrschaft mit der kroatisch-serbischen Koalition. Obwohl er in den ersten Tagen des Mandats eine größere Neigung zur Partei des nationalen Fortschritts zeigte, schloss er andere Lösungen nicht aus. So sendete er anderen kroatischen Parteien durch die Tageszeitungen, die unter der Kontrolle der ungarischen Regierung standen, eine Botschaft: „... wer bereit ist, die auf der unionistischen Idee basierenden Lösung zu fördern, ist willkommen“.⁸⁰

Trotz der gewünschten Regierungsform mit den Unionisten, berücksichtigte er das reale Kräfteverhältnis in Kroatien. Mehrere frühere Wahlen zeigten die Schwäche des Unionismus. Gerade erfolglose Versuche, die Herrschaft zu übernehmen, führten zum Kommissariat. Obwohl dieser zwanzig Monate dauerte, gelang es den Unionisten nicht, sich zu erholen. Unwiederbringlich haben sie ihren politischen Einfluss verloren, sodass reale Politiker, wie Tisza, Tatsache, dass der Versuch, mit ihnen eine Regierung zu bilden, nicht möglich sein wird, nur mühsam aufnahmen. Gewaltmittel mussten ausgeschlossen werden, da dies eine weitere Verletzung der kroatischen Unabhängigkeit wäre. Das Kommissariat würde nicht abgeschafft werden, und diesen sollte man wegen des Drucks seitens Wiens verlassen.

Nur ein Abkommen mit einer wichtigen politischen Macht könnte zur Einordnung der kroatischen Situation und zum notwendigen Abkommen zwischen Kroatien und Ungarn führen. Welche Macht es ist und wie man mit ihr politische Ansichten in Einklang bringt, war die erste Aufgabe vom neuen königlichen Kommissar Ivan Skerlec.

Dass man seit Skerliczs Ankunft in Kroatien verschiedene Optionen und Modelle für die Lösung nicht nur der kroatischen Krise, sondern auch der Reorganisation vom Unionismus betrachtet hat, bezeugen Tizas und Skerlecs Überlegungen, die in den inoffiziellen Gesprächen mit Isidor Kršnjavi ausgesprochen wurden. Skerlec erwähnte die Möglichkeit, eine neue Partei zu gründen, und fragte ihn offen, ob er der neuen Partei der Unionisten beitreten wolle. Wegen der gleichen Problematik lud ihn István Tisza nach Budapest ein. Kršnjavi antwortete, dass es in Kroatien keine Autorität gäbe, die eine solche Vereinigung erreichen könne. Seine Behauptung stützte er anhand der Ergebnisse der letzten Wahlen für die Gemeinderäte, welche die Unionisten verlorenen haben. Solche Urteile gefielen Tisza nicht, weshalb er beschlossen sagte: „Ich ertrage keinen latenten Hass oder Boykott. Ich werde unter keinen Umständen die Unionisten der Koalition opfern. Wenn die Koalitionspartner nicht mit den Unionisten zusammenarbeiten wollen, werden wir uns gegen die Koalition stellen, und das mit allen Mitteln, la guerre comme a la guerre, möglicherweise mit den Franken.“ Die Erwähnung der „Franken“ motivierte auch Kršnjavi, der dies als Anlass sah, das Gespräch in Richtung

⁸⁰ Poruka Pest. Lloyd, *Hrvatska*, Nr. 515 (22. 7. 1913), S. 1.

des „pro-kroatischen“ Programms umzuleiten: „Wenn die Exzellenz kroatische Länder vereinigen wollte, könnte sie eine starke Partei schaffen“. Tisza erkannte jedoch, worauf er hinaus wollte. Er verstand sehr gut, dass das Gespräch auf den Plan zur Stärkung Kroatiens umgeleitet wurde, und er winkte mit seiner Hand ab und antwortete: „Das ist eine schwierige Sache. Lass uns nicht über sie reden.“ Kršnjavi gab nicht auf und insistierte: „Bitte, zumindest akademisch.“ „Nein, nicht akademisch“, antwortete der ungarische Ministerpräsident István Tisza.⁸¹

Für diese Rede hatte Tisza bereits einen vollständigen Plan über die politische Richtung, die von seinem Vertrauten, Ivan Skerlec, geführt werden sollte. Deshalb sagte er am Ende des Treffens, dass „(...) Skerlec die Konsequenzen spüren wird. Er soll ein Mann kaltblütiger Entschlossenheit sein und davon hängt alles ab. Bisher hatte er noch nicht die Gelegenheit, es zu beweisen, doch er wird es trotzdem beweisen.“⁸² So wurde Skerlec von seinem unmittelbaren Vorgesetzten erlebt. Was für eine Meinung die derzeitigen Honoratioren der ungarischen Gesellschaft, beispielsweise der Herausgeber von *Pester Lloyd* Wehzy, über ihn hatten, überträgt auch Kršnjavi, der sich nach dem Treffen mit Tisza beeilte, den gerade ausgesprochenen Vorschlag zu analysieren, alle kroatischen Länder, auf deren Basis sich ein gutes Verhältnis zwischen den Kroaten und Ungarn erstellen würde, zu vereinen. Über diesen Plan, aber auch Skerlec und seine Rolle sagte der Redakteur von *Pester Lloyd*, „dass Tisza durch einen bequemeren, aber schlechteren Weg gehen wird. Nach seiner Meinung ist Skerlec Tiszis Werkzeug ohne eigenen Willen. Es schafft eine formmäßige Balkan-Politik, weil wir keine Politik gegenüber dem Orient haben. Die Monarchie weiß nicht, was er auf dem Balkan will. Sie weiß nur, was er nicht will, und das ist genau getroffen.“⁸³

Es wurde festgestellt, dass Ivan Skerlec bereits in den ersten Verhandlungen der Führung der kroatisch-serbischen Koalition großes Entgegenkommen zeigte, und nach dem Attentat und der Wiederaufnahme der Verhandlungen verbrachte er die meiste Zeit mit ihnen, was bei den Unionisten große Unzufriedenheit verursachte. Über ihre Reaktionen Anfang September 1913 berichtete ihm Kršnjavi und empfahl ihm, dass er zu Gesprächen mit ihnen Vertreter der Partei, welcher er auch selbst angehört, einlud. Skerlec lehnte nicht nur den Vorschlag ab, sondern brachte auch sein Bedauern über den abrupten Beitritt der Partei des nationalen Fortschritts zum Ausdruck, da es für die künftige Arbeit nützlicher sei, außerhalb der Parteien zu bleiben. Über Tomasićs Partei sagte er, dass es „eine bürokratische Einmischung sei, die keine

⁸¹ I. Kršnjavi, *Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike*, S. 696-698.

⁸² *ibd.*, S. 698.

⁸³ *ibd.*, S. 698.

Wurzeln in dem Volk hat und er niemandem erlauben wird, sein Fürsorger zu werden, sondern er nach seinen eigenen Urteilen handeln wird“. Er erinnerte daran, dass viele bekante Unionisten keine Mitglieder der Partei des Nationalen Fortschritts sein wollen, solange Nikola Tomašić an ihrer Spitze sei. Durch Skerleczs Urteile veranlasst, hat Kršnjavi eine interessante Beobachtung über die Vergangenheit und die Zukunft vom Unionismus in Kroatien hervorgebracht: „Budapest hat die Volkspartei zerstört, woraufhin Tomašić die Partei des nationalen Fortschritts mit Mühe gegründet hat, und nun wird er auch sie zerstören. Der neuen Partei droht also das gleiche Schicksal.“⁸⁴

Interessanterweise begann Ivan Skerlecz während seines einmonatigen Aufenthalts in Kroatien, genauer über Kroatiens politische Prozesse und Personen zu sprechen. Obwohl er die Beziehungen und die Menschen aufgrund mangelnder Zeit nur oberflächlich kennenlernen konnte, begann er relativ schnell seine Einstellungen zu ändern und sogar seine Fehler zuzugeben. Es ist zu erwarten, dass sich der uninformierte Kommissar nicht auf Grundlage seines eigenen Urteils, sondern der täglich aus Budapest erhaltenen Instruktionen, in die kroatischen Angelegenheiten einließ. Daher kann seine Meinung zu Nikola Tomašić und der Partei des Nationalen Fortschritts anhand der Änderung der Beziehung der ungarischen Regierung zu Nikola Tomašić interpretiert werden. Die Distanzierung von Tomašić und seiner Partei war immer deutlicher. Der endgültige Aufbruch erfolgte erst, als klar wurde, dass eine Einigung mit der kroatisch-serbischen Koalition erzielt werden wird.

Was im September 1913 Ivan Skerlecz privat erwähnt hatte, hat Tisza bereits einen Monat später persönlich an Tomašić weitergeleitet. Einen Tag vor dem Treffen mit der kroatisch-serbischen Koalition in Budapest haben sie miteinander gesprochen. Tomašić hat, wie viele Male zuvor, die Haltung der Unzuverlässigkeit der Koalition interpretiert, ihre „doppelzüngige“ Politik, und versucht, Tisza von der Methodologie zu überzeugen, nach der sie sich Budapest gegenüber als Unionisten und dem Volk als Kämpfer für das kroatische Staatsgesetz zeigten. Er versuchte zu erklären, dass durch die Wahl der Koalition die Regelung der politischen Situation nicht gewährleistet wäre. Er schlug vor, dass diejenigen Mitglieder der Koalition, die ihre unionistische Ausrichtung betonen, aus der Partei austreten und sich der eigentlichen unionistischen Partei anschließen sollten, wobei er wahrscheinlich die Partei des nationalen Fortschritts andeutete. Für Tomašić war dies der einzige Weg, die wirklichen Absichten herauszufinden, das heißt, was sich hinter dem ständigen Aufruf zum Unionismus verbirgt. Ansonsten schlug er eine Zusammenarbeit mit richtigen Unionisten vor, die sowohl in ihrem Unionismus, als auch

⁸⁴ *ebd.*, S. 694.

in ihrer politischen Zuverlässigkeit stets beständig waren.⁸⁵ Tomašić versuchte, auf sich selbst und auf die Partei des Nationalen Fortschritts aufmerksam zu machen, aber erfolglos. Tisza hörte ihm zu und berücksichtigte auch seine Meinung, dass die serbische Bevölkerung nicht feindselig behandelt werden sollte, worauf seine Lösung der Krise folgte – so, wie er sie sich mit Ivan Skerlec vorgestellt hatte. Natürlich benutzte er ein diplomatisches Vokabular, um die Haltung der ungarischen Regierung zu erklären, dass man mit Tomašić nicht mehr rechnen kann.⁸⁶ Das war das Ende seiner politischen Karriere. Tomašić war sich dessen bewusst. Er zeigte eine große Erbitterung allen gegenüber, die ihn im letzten Moment verleugneten und die kroatisch-serbische Koalition unterstützten.

Zahlreiche Ereignisse wiesen auf das politische Ende von Nikola Tomašić. In diesen Tagen hat ihn auch sein engster Mitarbeiter, Teodor Pejačević, verlassen, mit der Begründung, dies aufgrund ministerieller Pflichten zu tun. Die Entschuldigung war unbegründet, weil seine Pflicht in der Partei nicht der Mitgliedschaft widersprach. Im Gegenteil, es war völlig legitim und üblich, dass die Parteien Minister vorschlugen. Den damaligen Beobachtern der politischen Angelegenheiten sollte Pejačević's Abtritt aus der Partei des nationalen Fortschritts signifikant sein. Er verließ nämlich erst 1906 die Volkspartei, erst nachdem die kroatisch-serbische Koalition die Macht übernahm. Er trat Tomašić's Partei 1910 bei, in der Zeit als Tomašić Ban war, offenbar weil seine Partei unter diesen Umständen eine politische Perspektive hatte. So war Tomašić's Abgang ein deutliches Zeichen dafür, dass sich ein großer Wandel in der Führung der kroatischen Politik anbahnte. Sicher hat ihm seine Teilnahme an der Arbeit bei der ungarischen Regierung mehr Informationen geliefert, so wendete er sich aufgrund bereits erprobter Erfahrung, und kurz vor der Umwandlung der gewinnenden Seite zu. Er trat der kroatisch-serbischen Koalition zum zweiten Mal bei.⁸⁷

Tomašić war auch durch das Vorgehen von Antun Bauer gekränkt, um dessen Wahl zum Erzbischof von Zagreb er sich besonders engagiert hatte. Auch er schloss sich seinen politischen Gegnern an.⁸⁸ Er entschied, dass bei

⁸⁵ Konferencije u Budimpešti, *Hrvatski pokret*, Nr. 239 (17. 10. 1913), S. 1.

⁸⁶ Pregovori oko akcije raspleta u Hrvatskoj, *Hrvatski pokret*, Nr. 238 (16. 10. 1913), S. 1.

⁸⁷ Hrvatski poslovi u Pešti – Pejačević ostavio Stranku, *Hrvatski pokret*, Nr. 232 (9. 10. 1913), S. 1.

⁸⁸ Dr. Antun Bauer wurde im April 1910 zum Kanon von Zagreb ernannt, und bereits am 6. Januar 1911 zum Erzbischof-Koadjutor von Zagreb. Zum Bischof wurde er am 29. Januar 1911 in Rom geheiligt und für den Nachfolger des aktuellen Erzbischof George Posilović bestimmt. Für seine Ernennung hat sich der Leiter der Abteilung für Göttlichkeit und Lehre Dr. Milan Amruš engagiert so wie auch der Ban Nikola Tomašić der es geschafft hat den ungarischen Ministerpräsidenten in die Richtigkeit dieser Ernennung zu überzeugen engagiert. Tomašić nutzte die politische Situation rund um den „Pakt“ mit der kroatisch-serbischen Koalition

der nächsten Wahl weder er noch seine Partei kandidieren wird und erklärt dies wie folgt: „Ich wollte meinem Vorbild, dem Grafen Khuen, treu bleiben und durch die Gründung der Partei des nationalen Fortschritts eigentlich versuchen, einen verlängerten Arm vom Grafen Khuen zu erzeugen und das Erscheinungsbild der Verfassungsmäßigkeit erhalten, obwohl ich als Historiker im Voraus wusste, dass es weder gelingen kann noch wird. Deshalb bin ich abgetreten.“ Mit der Zusammensetzung der Landesregierung und der Beziehung zu Tomašić begann eine neue Ära in der Arbeit von Ivan Skerlec. Die Zeit der Übernahme der Initiative. Gemäß der Einschätzung, dass ihnen in künftigen politischen Prozessen eine Partei, die die Unterstützung der Wähler hat, während sie gleichzeitig nicht mehr fordert, als es die Unionisten von Tomašić gemachten hatten, nützlicher ist, haben die Ungarn sich entschieden, Tomašićs Parteien zu entlassen und die Mehrheit mit der Koalition zu bilden.

Die Entscheidung über den Rückzug der Partei von der politischen Szene konnte Tomašić nicht selbstständig treffen. Auch die Partei sollte sie bestätigen, sodass Skerlec, als Kommissar, aber auch Mitglied, die Pflicht gegeben wurde, die letzten Angelegenheiten rund um die Beseitigung der Partei des nationalen Fortschritts auf der kroatischen politischen Szene durchzuführen. Natürlich musste er die Möglichkeit, dass der Prozess bezüglich der Partei des nationalen Fortschritts die Lösung der kroatischen Situation nicht verlangsamt, berücksichtigen. Aus diesem Grund wollte er eine Entscheidung über die Wahlabstinentz treffen, jedoch hat ihn Tomašić abgelehnt, mit der Erklärung, dass so eine Entscheidung die Partei nur auf einer Sondersitzung treffen kann. Es verblieb ihm, eine Konferenz der Partei des nationalen Fortschritts zu organisieren. Bei dem Treffen am 27. November 1913 in Zagreb prangerte Tomasic Skerlec wegen der Beziehung zur Partei an. Zuvor hielt Teodor Pejačević eine suggestive Rede über die aktive und passive Heimatliebe. Er wies darauf hin, dass sich ein echter Patriot auch zurückziehen wissen muss, wenn es für das Allgemeinwohl vom Vorteil ist.⁸⁹

Das Treffen wurde von Skerlec geführt. Dementsprechend fragte er die Parteimitglieder, ob sie beabsichtigen, bei den nächsten Wahlen zu kandidieren. Der entscheidende Teil des Treffens, so auch des politischen Ende der Partei des Nationalen Fortschritts, geschah, als Tomašić fragte, ob die Regierung ihre Kandidaturen unterstützen würde. Ivan Skerlec lehnte diese Möglichkeit ab.⁹⁰

(1910), was dem Antun Bauer ermöglicht hat, obwohl er Khuens Gegner war, den Bischof Koadjutor mit Nachfolgerecht zu wählen. Siehe: Fran Barac, Dr. Antun Bauer – Zagrebački nadbiskup i hrvatski metropolit (1856-1937), Zagreb 1938, S. 6; I. Kršnjavi, Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike, S. 696.

⁸⁹ Konferencija stranke dra. Tomašića, *Riečki novi list*, Nr. 285 (28. 11. 1913), S. 1.

⁹⁰ I. Kršnjavi, Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike, S. 702-703.

Eine deutlichere Botschaft der ungarischen und kroatischen Regierung konnten sie nicht bekommen. Bereits am selben Tag beschlossen sie, nicht an den nächsten Wahlen teilzunehmen. Sie entschieden, sich „als Partei in eine politische Passivität zurückziehen“. Dennoch haben sie die Möglichkeit individueller Kandidaturen nicht ausgeschlossen.⁹¹

Es war die letzte Entscheidung der Partei des Nationalen Fortschritts. Danach hörte sie auf, als politische Einheit zu existieren. Die Gründe für ihre Gründung und auch für ihre zweijährige politische Aktivität unterschieden sich von denen der anderen Parteien. Sie wurde gegründet, um Nikola Tomasić als den Ban zu unterstützen. Gemäß seinen Beurteilungen haben sie nicht einmal versucht, sich zu erweitern und besser zu organisieren. Die Partei hatte keine Zweigstelle außerhalb von Zagreb.⁹² Obwohl keine Auflösung, sondern die Passivität der Partei ausgerufen wurde, hat die Zeit gezeigt, dass gerade in diesem Moment die letzte Partei, die sich mit Recht als unionistische genannt hat, von der kroatischen politischen Szene verschwand.

Unionismus für die neue Zeit

Ein Teil der Mitglieder der ehemaligen Volkspartei agierte auch weiterhin politisch individuell. In der derzeitigen Presse wurden sie als „alte Unionisten außerhalb der Parteien“ benannt. Dieser Tatsache muss hinzugefügt werden, dass durch den Rückzug der Partei des nationalen Fortschritts der Eindruck erweckt wurde, dass in Kroatien eine bedeutende Partei mit unionistischem Vorzeichen verschwand.

Allerdings hat die kroatisch-serbische Koalition schnell begonnen, den unionistischen politischen Raum zu füllen. Nachdem das Abkommen zwischen der kroatisch-serbischen Koalition und der ungarischen Regierung erreicht wurde, eilte deshalb der Leitartikler der *Narodne novine* mit dem Kommentar, dass „die Partei des nationalen Fortschritts den Posten verlässt, welche sie bis dahin im Dienst der unionistischen Idee bewacht hat, was ein Verlust ist, den Ungarn schwer verkraftet, obwohl man die Entscheidung der altunionistischen Wache psychologisch voll und ganz versteht (...), aber es tröstet die öffentliche Meinung in Ungarn, die Erwartung, dass die kroatisch-serbische Koalition das auf sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen wird, und wie versprochen, eine aufrichtige unionistische Politik führen wird. In

⁹¹ *ibd.*, S. 702-703.

⁹² Tomašičeva stranka se povlači, *Srbobran*, Nr. 258, (15. (28.) 10. 1913), S. 1.; Apstinencija Tomašičevaca, *Hrvatski pokret*, Nr. 274 (28. 11. 1913), S. 1.

dieser Hoffnung haben sie Graf Tisza und Baron Skerlec als den einzigen Träger des neuen Systems gewählt.“⁹³

Obwohl wir in den Quellen keine Daten dazu finden können, möglicherweise wegen einer geheimen Abmachung zwischen Tisza und der Koalition, führt dennoch die Erwägung der derzeitigen politischen Beziehungen zu der Möglichkeit, dass die Koalition die Entfernung von Tomašić und der Partei des nationalen Fortschritts von der ungarischen Regierung forderte. Dafür besetzte sie selbst diesen politischen Raum. Nur so konnten sie die Konkurrenz beseitigen und die einzige politische Partei bleiben, auf die sich Budapest verlassen kann. Der ungarischen Führung war es egal, wer die unionistische Politik in Kroatien durchführen wird, doch es war ihr wichtig, dass sie tatsächlich umgesetzt wurde. Ihr Angebot an die kroatisch-serbische Koalition bot keine Alternativen. Hätten sie es abgelehnt, würde man die Regierung mit Tomašić und seiner Partei des nationalen Fortschritts formieren, und mit diesem Ende wäre das Überleben der Koalition in Frage gestellt. Auf der anderen Seite würde ihnen ein Abkommen mit Skerlec eine parlamentarische Mehrheit sichern, und zugleich ihr Gegner, Nikola Tomašić, von der politischen Bühne verschwinden. Andererseits stimmten sie Skerlecs Bedingung der Zusammenarbeit mit einer Gruppe von alten Unionisten zu, möglicherweise auch wegen ihrer Beurteilung, dass diese sie politisch nicht gefährden können.

Gleichzeitig bewertete die ungarische Regierung, dass Tomašićs weitere Beteiligung an der Politik mehr Schaden als Nutzen bringen könnte. Unter den derzeitigen politischen Umständen war es nicht notwendig, eine so starke politische Persönlichkeit in Kroatien zu haben. Dies bedeutete jedoch nicht die völlige Ablehnung von Tomašić, seines großen Wissens und politischer Fähigkeiten im Dienste der ungarischen politischen Führung. Unterstützt wird diese Behauptung auch durch die Verkündung Tomašićs als eines lebenslangen Mitglieds des Großen Hauses des ungarischen Parlaments.⁹⁴ Die von seinem Freund Khuen beschaffene Anerkennung bezog sich auf den persönlichen Beitrag zur Entwicklung der kroatisch-ungarischen politischen Beziehungen.⁹⁵ Daher könnte die Beförderung von Tomašić auch eine Vorbereitung bedeuten, abhängig von den künftigen politischen Beziehungen, um einen noch stärkeren Einfluss auf die kroatische politische Szene zu erlangen. Die Zeit hat jedoch gezeigt, dass Tomašićs Engagement nicht mehr nötig war. Die politische Struktur zu der er gehörte, hat im Laufe der Zeit den Einfluss verloren, und schließlich, bei der Neuordnung und dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ist der staatlicher Rahmen in dem

⁹³ Nakon povratka ustava, *Narodne novine*, Nr. 277 (1. 12. 1913), S. 1.

⁹⁴ HR-HDA-77, Präsidium, Kt. 48, Akte-Nr. 52. Budapest, 29. 4. 1914.

⁹⁵ Josip Horvat, *Hrvatski panoptikum*, Zagreb 1965, S. 63.

sie wirksam war unwiederbringlich verschwunden. Im letzten Jahr des Weltkrieges starb Nikola Tomšić.⁹⁶

Die ungarische Regierung gab auch die Parteimitglieder nicht auf, weil sie nicht die Absicht hatte, durch die Aufhebung der Partei des nationalen Fortschritts auf den Unionismus zu verzichten, sondern ihn nur zu ändern. Die Intention war nämlich, mit der gleichen Politik fortzufahren, aber unter einem anderen Namen. Deshalb hat Skerlec den Mitgliedern der Partei vorgeschlagen, bei den Wahlen zu kandidieren. Immerhin hat er die Koalition für die Zusammenarbeit mit den Unionisten ständig unter Druck gesetzt. Seit dem ersten Gespräch mit Skerlec in Zagreb lehnte sie die Zusammenarbeit auf Parteiebene ab. Sie stimmte jedoch zu, außerhalb der Parteien individuell mit den Unionisten zusammenzuarbeiten, sodass nach der Auflösung der Partei des Nationalen Fortschritts, ihre Mitglieder zu „Unionisten außerhalb der Parteien“ wurden, und der politischen Zusammenarbeit stand kein Hindernis entgegen. Es geht um die politische Taktik, sowohl der Koalition als auch der ungarischen Regierung, wobei beide Seiten versuchen, politischen Gewinn zu erzielen. Die kroatisch-serbische Koalition wird zur führenden kroatischen Partei. Mit ihr werden die Ungarn Kroatien beherrschen, ohne den Verlust von Einfluss zu riskieren.

Im Großen und Ganzen hat Ivan Skerlec auf die Unterstützung jener Unionisten, ehemaligen Mitglieder der Partei des Nationalen Fortschritts, die die Wahlen gewonnen haben, gerechnet. Dies bestätigte, dass die Aufhebung der Partei des Nationalen Fortschritts nur ein Teil der politischen Taktik war, der in den Ausgleichscharakter der Verhandlungen zwischen der kroatisch-serbischen Koalition und der ungarischen Regierung passte.

Fazit

In der kroatischen Historiographie blieb eine wissenschaftliche Analyse über die unionistischen Parteien und den Unionismus der letzten Jahre der österreichisch-ungarischen Monarchie im Allgemeinen aus. Aus diesem Grund wird anhand dieser Arbeit versucht, Aufmerksamkeit auf die politische Ausrichtung zu lenken, die in der kroatischen Geschichte unter verschiedenen Namen eine entscheidende Rolle spielte. Eine bemerkenswerte Bedeutung der angeführten Betrachtung wird durch die Tatsache bestimmt, dass die im Jahr 1913 formulierten politischen Projekte, eine Bestätigung in der Änderung der staatsrechtlichen Position Kroatiens am Ende des Ersten Weltkrieges erhielten, wobei in der Zeit auch die letzten kroatischen Unionisten sehr aktiv waren.

Auch in der Zeit vor den letzten Parlamentswahlen in der österreichisch-ungarischen Monarchie 1913, wollte die ungarische Regierung nicht

⁹⁶ *ibd.*, S. 63.

die Existenz einer mächtigen unionistischen Partei aufgeben, und hatte im Einklang mit den politischen Umständen und durch die Rückkehr zur Macht eines Politikers der ehemaligen Volkspartei versucht, insbesondere wegen der Führungsübernahme der ungarischen Politikgruppe aus der ehemaligen Liberalen Partei, in Kroatien die gleiche Situation zu schaffen. Zur Realisierung dieses Plans hatten sie einen sehr pragmatischen Politiker, Khuens Vertrauten, Nikola Tomašić. Er versuchte die Krise des Unionismus zu lösen, bzw. den alten Sitten ein neues, im politischen Sinn moderneres und pragmatischeres, Gesicht zu geben. Zu seiner Ban-Zeit versammeln sich erneut die Überreste der ehemaligen „alten Garde“ und versuchen, zumindest einen Teil des Einflusses zu erwerben, welchen ihre Vorgänger, wie etwa Levin Rauch oder Khuen- Héderváry, hatten. Die Zeiten haben sich jedoch geändert und eine solche Verwaltungsart war nicht mehr möglich.

Die ungarische Führung war sich der langfristigen politischen und sozialen Situationen, vor allem dem Widerstand, der ihnen entgegengebracht wurde, bewusst. Sie wussten, dass ihre Chancen, eine neue Unionistische Partei zu gründen, nicht gut waren. Aus diesem Grund haben sie beschlossen, eine „Fiktion“ über das Bestehen von Unionisten in Kroatien zu schaffen. Bestrebend, die Fiktion als Realität zu präsentieren, wollten sie sich Verständnis bei der Dynastie und den kompetenten monarchischen Autoritäten gewährleisten, wessen Aufgabe es war, unter dem konstitutionellen und parlamentarischen „Mantel“ ihre Politik gegenüber Kroatien zu decken.

Sie taten alles, um den Charakter vom Unionismus zu verändern, d.h. ihm etwas von der Bedeutung zurückzugeben, die er während der Khuener Volkspartei hatte. Bis dahin war es notwendig, die Ziele mit den neu entstandenen Möglichkeiten abzustimmen, was durch Interventionen in der kroatisch-serbischen Koalition erfolgreich durchgeführt wurde, besonders nachdem Fran Supilo die Partei verlassen hatte. Dann traten der Koalition bekanntere Unionisten bei und machten sie kompromissbereiter. Damit wurde Tomašić und den „ursprünglichen Unionisten“ der politische Raum erheblich verkleinert. Schließlich konnte die ungarische Regierung dadurch im Jahre 1913 kalkulieren und die Dienste von Tomašić und seiner Partei des nationalen Fortschritts zurückweisen. Ihre Rolle wurde von der kroatisch-serbischen Koalition übernommen. Obwohl sie das unionistische Vorzeichen angenommen hatte, wäre es gut über diese Behauptung nachzudenken und die Ergebnisse in einer gesonderten historiographischen Analyse darzustellen. Diese Diskussion wäre in bestimmter Weise vergleichbar und würde das Thema, mit dem sich diese Arbeit über die letzten kroatischen Unionisten befasst, vervollständigen. Zum Abschluss reicht die Bemerkung, dass die Politik der kroatisch-serbischen Koalition nach 1913 nicht in erster Linie unionistisch ist, weil Unionismus insbesondere ein politisches Programm über die umso

engere Allianz mit Ungarn ist. Der Koalition ist der Unionismus Mittel und nicht Ziel. Die letzte Partei, die nach den ursprünglichen Grundsätzen der Union handelte, war die Partei des nationalen Fortschritts. Als sie von der politischen Bühne verschwand, war auch der Unionismus verschwunden, wie er jahrelang in Kroatien durchgeführt wurde.

Party of People's Progress: The Last Unionist Party in Croatia

Summary

During the 19th and early 20th centuries, unionism as a political concept played an important role in Croatian politics. It was organized in different political parties and at different times. After all, the very beginning of multi-party politics was marked by the foundation of the Croatian-Hungarian Party. These were politically engaged individuals and groups who, during the period of national integration in Central Europe, encouraged a segment of the Croatian people to decide on being part of either the Croatian or the Hungarian nation. For example, descendants of certain Turopolje families who in the mid-19th century played an important role in Croatian politics moved to Hungary, Hungarized their surnames, and fully identified themselves as part of the Hungarian nation (Geyza Josipović, Ivan Skerlec of the Škrlec family from Lomnica). Their Croatian origin was now in the service of Hungarian interests and the efforts of the Hungarian political circles to influence the Croatian political situation as strongly as possible.

There was another unionist group, which did not question their Croatian affiliation, but nevertheless saw Croatia's future as firmly linked to Budapest. The most important representative of this second group was the Croatian ban Nikola Tomašić, founder of the last unionist party in Croatia. An analysis of the archival sources has undoubtedly shown the efforts he invested in the welfare of the Triune Kingdom, and that he considered Budapest as the main instrument in this regard. He was therefore exceptionally involved in the Hungarian political circles and maintained both friendly and official contacts with the Hungarian political leadership. It is in this context that one should see Nikola Tomašić's last act aiming at the preservation of unionism in the Triune Kingdom: founding the last party of unionist political orientation, the Party of People's Progress. Previous historiography considered the dissolution of the People's Party, a party under the remarkable influence of the Croatian ban Károly Khuen-Héderváry, as the end of unionism in the Triune Kingdom, and neglected or only briefly noted the emergence and short-living existence of the Party of People's Prog-

ress. It is this fact that motivated me to establish two facts. The first is that the unionist political orientation did not disappear from Croatian politics with the dissolution of the People's Party, while the other is that unionism had different forms and goals. Thus, in the final days of the Austro-Hungarian Monarchy, some unionists or politicians tried to achieve welfare for Croatia by relying on the official circles in Budapest, while others joined the new party alliance on the Croatian political scene, the Croatian-Serbian Coalition.

Quellen

Državni arhiv u Zagrebu (DAZG - Staatsarchiv in Zagreb), Josipović Imbro, Fond 841 (HR-DAZG-841)

Hrvatski državni arhiv, Kraljevski ministar Hrvatsko-slavonsko-dalmatinski u Budimpešti, Fond 77 (HR-HDA-77)

Hrvatski državni arhiv (HDA - Das Kroatische Staatsarchiv), Osobni fond Đuro Šurmin, Fond 833 (im Folgenden: HR-HDA-833)

Literatur

Barac, Fran, Dr. Antun Bauer –Zagrebački nadbiskup i hrvatski metropolit (1856-1937), Zagreb 1938

Živan Bertić, Hrvatska politika, Zagreb 1927

Beuc, Ivan, Povijest institucija državne vlasti u Hrvatskoj (1527.-1945.), Zagreb 1969

Bogdanov, Vaso, Historija političkih stranaka u Hrvatskoj, Zagreb 1958

Bulić, Ivan, Savez Hrvatsko-srpske koalicije bana Ivana Skerlecza u upravljanju Hrvatskom u vrijeme Prvoga svjetskog rata – značaj i posljedice, in: Godina 1918. Predhodnice, zbivanja i posljedice. Zbornik radova s međunarodnog znanstvenog skupa održanog u Zagrebu 4. i 5. prosinca 2008., Hg. Zlatko Matijević, Zagreb, 2010, S. 23-47

Čizmić, Ivan, O atentatu Stjepana Dojčića na komesara Ivana bar. Skerlecza 1913., in: *Historijski zbornik XIX-XX*, (1966-1967), Zagreb, S. 333-339.

Gross, Mirjana, O položaju plemstva u strukturi elite u sjevernoj Hrvatskoj potkraj 19. i na početku 20. Stoljeća, in: *Historijski zbornik XXXI-XXXII*, (1978-1979), Zagreb, S. 123-149

Gross, Mirjana, Povijest pravaške ideologije, Zagreb 1973

Horvat, Josip, *Hrvatski panoptikum*, Zagreb 1965

Kolar-Dimitrijević, Mira, Povjesničar dr. Ferdo Šišić kao saborski zastupnik 1908.-1911. godine, in: *Scrinia Slavonica*, Bd3, (2003) Nr. 1,

Kolar, Mira, Što se dogodilo s plemstvom u Hrvatskoj i Slavoniji, in: *Zbornik radova – Izabrane teme iz hrvatske povijesti*, Zagreb 2007

Kontler, László, *Povijest Mađarske – Tisuću godina u Srednjoj Europi*, Zagreb 2007

Krestić, Vasilije, *Hrvatsko-ugarska nagodba 1868. godine*, Belgrad 1969

Krišković, Vinko, Eurazijska država u procjepu dviju politika, in: *Hrvatska revija*, Bd 2, (1952)

Krišković, Vinko, Geografski položaj Hrvatske, in: *Hrvatska Revija*, Bd 4, (1953)

Kršnjavi, Iso, *Zapisci – Iza kulisa hrvatske politike*, knjiga druga, Zagreb, 198

Lebl, Arpad Hrvatsko pitanje kroz prizmu ugarskog parlamenta 1892.-1918., in: *Historijski zbornik XVII*, (1964), Zagreb, S. 259-301.

Božidar Magovac (Hrsg.), *Sabrana djela Antuna Radića (I-XIX)*, Zagreb 1938

Memoari bana Pavla Raucha, Hrsg. Branka Molnar, Zagreb 2009

Renouvin, Pierre, *Europska kriza i Prvi svjetski rat*, Zagreb 1965

Ribar, Ivan, *Iz moje političke suradnje (1901-1963)* Zagreb 1965

Skerlecz – Lomnički, Nikola, *Rodoslovlje turopoljske plemićke porodice Skerlecz*, Zagreb 1913

Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.; sv. I., Zagreb 1914

Stenografski zapisnici Sabora kraljevina Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, Petogodište 1913.-1918.; sv. X., Zagreb 1914

Šarinić, Josip, *Nagodbena Hrvatska–Postanak i osnove organizacije*, Zagreb 1972

Šidak, Jaroslav, *Studije iz hrvatske povijesti XIX stoljeća – Hrvatsko pitanje u Habsburškoj Monarhiji*, Zagreb 1973

Šidak, Jaroslav, Gross, Mirjana, Karaman, Igor, Šepić, Dragovan, *Povijest hrvatskog naroda g.1860.-1914.*, Zagreb 1968

Taylor, Alan John Percival, *Habsburška Monarhija, 1809.-1918.*, Zagreb 1990

Vranješ-Šoljan, Božena, *Hrvatsko-mađarski odnosi 1868.-1918.*, in: *Zbornik radova Hrvatsko-mađarski odnosi 1102.-1918.*, Zagreb 2004

- Apstinencija Tomašićevaca, *Hrvatski pokret*, Nr. 274 (28. 11. 1913), S. 1.
- Bilanza pakta, *Hrvatska*, Nr. 654 (10. 1. 1914), S. 1.
- Hrvatska u g. 1913, *Obzor*, Nr. 1 (1. 1. 1914), S. 2.
- Hrvatski poslovi u Pešti – Pejačević ostavio Stranku, *Hrvatski pokret*, Nr. 232 (9. 10. 1913), S. 1.
- Ideal ministra Josipovića, *Hrvatska*, Nr. 364 (21. Januar 1913), S. 1.
- Iz govora grofa Tisze, *Hrvatska*, Nr. 483 (14. 6. 1913), S. 1.
- Komesarska konferencija, *Hrvat*, Nr. 27 (29. 7. 1913), S. 1.
- Konferencija hrvatskih unionista u Pešti, *Hrvat*, Nr. 25 (26. 7. 1913), S. 2.
- Konferencija stranke dra. Tomašića, *Riečki novi list*, Nr. 285 (28. 11. 1913), S. 1.
- Konferencije u Budimpešti, *Hrvatski pokret*, Nr. 239 (17. 10. 1913), S. 1.
- K političkom položaju u Hrvatskoj, *Hrvatska*, Nr. 368 (25. 1. 1913), S. 1.
- K položaju, *Hrvatska*, Nr. 393 (24. 2. 1913), S. 1.
- Kr. Komisar barun Škrlec i pitanje uspostave ustava u Hrvatskoj *Srbobran*, Nr. 158 (29. 7. 1913), S. 2.
- Mladomadjaroni i grof Khuen, *Hrvatska*, Nr. 650 (5. 1. 1914), S.1.
- Nakon povratka ustava, *Narodne novine*, Nr. 277 (1. 12. 1913), S. 1.
- Novi kurs – Pismo koalicije kr. Komesaru , *Hrvat*, Nr. 26 (28. 7. 1913), S. 1.
- Obzor*, Nr. 205 (29. 7. 1913), S. 2.
- Osnova za razplet našeg političkog položaja, *Narodne novine*, Nr. 235 (13. 10. 1913), S. 1.
- Politički pregled, *Hrvat*, Nr. 130 (1. 12. 1913), S. 2.
- Položaj u Hrvatskoj, *Narodne novine*, Nr. 170 (25. 7. 1913)
- Poruka Pest. Lloyda, *Hrvatska*, Nr. 515 (22. 7. 1913), S. 1.
- Pregovori oko akcije raspleta u Hrvatskoj, *Hrvatski pokret*, Nr. 238 (16. 10. 1913), S. 1.
- Promjene u Hrvatskoj, *Narodne novine*, Nr. 167 (22. 7. 1913), S. 1.
- Tisza o Hrvatskoj, *Hrvatski pokret*, Nr. 134 (13. 6. 1913), S. 1.
- Tomašićeva stranka se povlači, *Srbobran*, Nr. 258, (15. (28.) 10. 1913), S. 1.
- Za status quo na državnim željeznicama, *Hrvatski pokret*, Nr. 169 (24. 7. 1913), S. 1.